



2022

Geschäftsbericht DKV Deutsche Krankenversicherung AG



Ein Unternehmen der **ERGO**

Auf einen Blick

DKV Deutsche Krankenversicherung AG

Beiträge

- Beitragseinnahmen in Höhe von 5,1 (5,1) Mrd. €
- Einmalbeiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) für Limitierungszwecke: 264 (312) Mio. €

Produkte

- Portfolio umfasst das gesamte Tarifspektrum der Kranken- und Pflegeversicherung, von der Vollversicherung über die Ergänzungsversicherung bis zur betrieblichen Krankenversicherung (bKV)
- Gute bis sehr gute unabhängige Testergebnisse bestätigen weiterhin positives Preis-/Leistungsverhältnis vieler unserer Produkte

Services

- Viele Serviceangebote ergänzen unsere reinen Versicherungsleistungen, z.B. DKV-Gesundheitstelefon, medizinische Beratung, DKV-Gesundheitsprogramme
- Kundenbetreuung über moderne digitale Medien und über klassische Kanäle

Versicherungsleistungen

- Bruttozuführung von 120 (805) Mio. € zur RfB
- Barausschüttung an unsere Kunden in Höhe von 164 (164) Mio. €
- Aufwendungen für Versicherungsfälle (brutto): 4,3 (4,0) Mrd. €

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

- Abschlusskostenquote von 5,7 (5,1) %
- Verwaltungskostenquote von 2,7 (2,6) %

Ergebnisse

- Versicherungsgeschäftliches Ergebnis in Höhe von 827 (982) Mio. €
- Kapitalanlageergebnis: 670 (1.573) Mio. €
- Sonstiges Ergebnis in Höhe von -62 (-91) Mio. €
- Gesamtergebnis: 73 (197) Mio. €

Geschäftsbericht 2022

DKV Deutsche Krankenversicherung AG

Die DKV AG im 3-Jahres-Überblick

		2022	2021	2020
Beitragseinnahmen				
Gebuchte Bruttobeiträge	Mio. €	5.144,0	5.071,4	4.985,8
Veränderung zum Vorjahr	%	+1,4	+1,7	+2,0
Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrück- erstattung				
	Mio. €	264,0	312,0	439,5
Versicherungsleistungen				
Aufwendungen für Versicherungsfälle (brutto)	Mio. €	4.260,4	4.033,6	4.062,4
Veränderung zum Vorjahr	%	+5,6	-0,7	+3,1
Kapitalanlagen				
Bestand	Mio. €	47.123,6	46.559,0	44.861,6
Kapitalanlageergebnis	Mio. €	669,7	1.572,6	1.037,1
Nettoverzinsung	%	+1,4	3,4	2,3
Eigenkapital				
	Mio. €	469,5	469,5	469,5
Versicherungstechnische Rückstellungen (brutto)				
Deckungsrückstellung	Mio. €	44.462,7	43.455,2	42.165,1
Schadenrückstellung	Mio. €	1.026,6	920,2	983,0
Rückstellung für Beitragsrückerstattung	Mio. €	1.482,3	1.790,2	1.461,6
Ergebnisse				
Bruttoüberschuss ¹	Mio. €	172,8	962,0	533,8
Gesamtergebnis ²	Mio. €	73,3	197,0	92,0
Ausgewählte Kennzahlen				
Versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote	%	16,1	19,4	17,3
Schadenquote	%	75,5	72,9	75,3
RfB-Quote	%	27,9	34,1	28,3
Überschussverwendungsquote ³	%	83,9	88,0	91,4

¹ Rohergebnis nach Steuern (vor Zuführung zur erfolgsabhängigen Beitragsrückerstattung)

² Vor Ergebnisabführung

³ Nach Art der Lebensversicherung betriebene Kranken- und Pflegeversicherung

Inhalt

Lagebericht	6
Grundlagen der Gesellschaft	6
Wirtschaftsbericht	9
Ertragslage	11
Vermögenslage	14
Finanzlage	16
Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage	17
Risikobericht	18
Chancenbericht	29
Prognosebericht	31
Betriebene Versicherungsarten	33
Jahresabschluss	35
Jahresbilanz zum 31. Dezember 2022	36
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022	38
Anhang	40
Gesellschaftsorgane	58
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	61
Bericht des Aufsichtsrats	68

Lagebericht

Lagebericht

Grundlagen der Gesellschaft

Struktur und Inhalt des Lageberichts entsprechen den Regelungen des Handelsgesetzbuchs, wobei wir uns am Deutschen Rechnungslegungs Standard Nr. 20 (DRS 20) orientiert haben.

Im Geschäftsbericht wurde jede Zahl und Summe jeweils kaufmännisch gerundet. Die Zahlen in Klammern weisen die Vorjahreswerte aus.

Im Interesse einer besseren Lesbarkeit wird davon abgesehen, bei Fehlen einer geschlechtsneutralen Formulierung sowohl die männliche als auch weitere Formen anzuführen. Die gewählten männlichen Formulierungen gelten deshalb uneingeschränkt auch für die weiteren Geschlechter.

Unser Unternehmen

Die DKV Deutsche Krankenversicherung AG bietet als Gesundheitsversicherer der ERGO privat und gesetzlich Versicherten umfassenden Kranken- und Pflegeversicherungsschutz sowie Gesundheitsservices und organisiert eine hochwertige medizinische Versorgung. Sie ist dabei hauptsächlich als Erst- und in geringem Umfang auch als Rückversicherer tätig. Darüber hinaus ist die DKV am Pflegepflichtversicherungs-Pool in Deutschland beteiligt.

Teil der ERGO Group innerhalb der Munich Re

Die ERGO Group AG bietet ihren Kunden über ihre Töchter international Produkte in allen wesentlichen Versicherungssparten an. In Kombination mit Assistance- und Serviceleistungen sowie einer individuellen Beratung wird dabei der Bedarf von Geschäfts- und Privatkunden gedeckt.

Die ERGO Group AG gehört zu dem DAX-Unternehmen Munich Re, einem der weltweit führenden Rückversicherer, der im Lebens-, Gesundheits- sowie Schaden-/Unfallgeschäft aktiv ist. Die Kunden der Munich Re profitieren insbesondere von der umfassenden Underwriting-Erfahrung und dem globalen und lokalen Marktwissen der Gesellschaft sowie der geschäftsfeldübergreifenden Expertise ihrer Mitarbeiter.

Die DKV Deutsche Krankenversicherung AG war bis zum 8. November 2022 eine direkte, hundertprozentige Tochtergesellschaft der ERGO Group AG. Seit dem 9. November 2022 ist die DKV Deutsche Krankenversicherung AG eine direkte, hundertprozentige Tochtergesellschaft der ERGO Deutschland AG, die wiederum eine direkte, hundertprozentige Tochtergesellschaft der ERGO Group AG ist. Bereits seit 2001 existieren ein Beherrschungs- und ein Gewinnabführungsvertrag zwischen der DKV Deutsche Krankenversicherung AG und der ERGO Group AG. Der Gewinnabführungsvertrag zwischen der ERGO Group AG und der DKV Deutsche Krankenversicherung AG ist zum Ablauf des 31. Dezember 2022 aufgehoben worden. Seit 2016 besteht zusätzlich ein Beherrschungsvertrag mit der ERGO Deutschland AG.

Unter dem Dach der ERGO Group AG steuern mit der ERGO Deutschland AG, ERGO International AG, ERGO Digital Ventures AG und ERGO Technology & Services Management AG vier separate Einheiten die Geschäfte der ERGO Group. Die ERGO Deutschland AG bündelt das Deutschlandgeschäft. Die ERGO International AG steuert das internationale Geschäft innerhalb der Gruppe. Die ERGO Digital Ventures AG ist insbesondere für die Digitalisierung zuständig. Die ERGO Technology & Services Management AG hat ein länderübergreifendes Mandat als globaler Technologie- und Service-Provider für die gesamte ERGO Group.

Die Vertriebsgesellschaft ERGO Beratung und Vertrieb AG vereint in Deutschland die ERGO Ausschließlichkeitsorganisation (Agenturvertrieb), die ERGO Pro (Strukturvertrieb) und den Bancassurance-Kanal. Beim Agenturvertrieb stehen die Rundum-Beratung sowie die Bindung der Bestandskunden und der Ausbau von Neukunden im Mittelpunkt. Die ERGO Pro setzt insbesondere auf die Gewinnung neuer Kunden sowie neuer Vertriebspartner. Der Vertrieb der DKV-Produkte erfolgt über unsere Agenturen, Makler, Kooperationspartner, online sowie über den Vertrieb der ERGO Direkt AG. Durch das Geschäftsmodell „Hybrider Kunde“ der ERGO stehen dem Kunden über alle Online- und Offline-Kanäle dieselben Angebote zur Verfügung. ERGO verzahnt Kanäle wie persönliche Beratung, Telefon, Mail, Internet oder Chat. Dies wird durch die vereinheitlichte Management-Verantwortung für den Ausschließlichkeits- und Direktvertrieb sichergestellt. Ergänzt wird

diese Vertriebsstrategie durch den neu erschlossenen Bancassurance-Kanal, der seit Anfang 2022 eingesetzt wird.

Ein einheitlicher Innendienst – im Wesentlichen bestehend aus Mitarbeitern der ERGO Group AG – unterstützt die verschiedenen Gesellschaften und Vertriebsorganisationen der ERGO in Deutschland. Alle kundenbezogenen Serviceprozesse – die Bearbeitung von Anträgen, Vertragsangelegenheiten und Leistungsfällen – werden bei der DKV im Ressort Kundenservice Gesundheit aus einer Hand gesteuert. Auch Unternehmensfunktionen wie Rechnungswesen, Controlling, Finanzen und Personal sind zentral organisiert, ebenso die unter Solvency II definierten Schlüsselfunktionen: die Risikomanagement-Funktion, die Compliance-Funktion, die Interne Revision sowie die Versicherungsmathematische Funktion. Da alle Unternehmensfunktionen im Rahmen von Ausgliederungsverträgen von Mitarbeitern anderer Gesellschaften, insbesondere der ERGO Group AG, erbracht werden, hat unser Unternehmen keine eigenen Mitarbeiter.

Die ITERGO Informationstechnologie GmbH (ITERGO) gehört als Teil der globalen Tech-Hub-Struktur zur Familie der Unternehmen der ERGO Technology & Services Management AG (ET&SM). Im Fokus ihrer Tätigkeit stehen hauptsächlich die ERGO Deutschland AG und deren Tochtergesellschaften, jedoch auch weitere Gesellschaften der ERGO Group. Mit zukunfts- und kundenorientierten IT-Lösungen leistet ITERGO, zusammen mit den weiteren Tech Hubs in Polen und Indien, einen wichtigen Beitrag für den Erfolg der ERGO Group.

Strategische Anlageentscheidungen werden in enger Abstimmung mit Munich Re und ERGO von der DKV Deutsche Krankenversicherung AG getroffen. Die DKV Deutsche Krankenversicherung AG hat die Verwaltung ihrer Vermögensanlagen zum größten Teil auf die MEAG MUNICH ERGO AssetManagement GmbH und ihre Tochtergesellschaften übertragen. MEAG ist der gemeinsame Vermögensmanager von Munich Re und ERGO. Sie gehört zu den bedeutenden Asset-Management-Gesellschaften weltweit. Das von der MEAG für Munich Re, ERGO und Externe verwaltete Vermögen (Assets under Management) belief sich zum 31. Dezember 2022 insgesamt auf 307 (344) Mrd. €.

Unsere Kunden im Fokus

Wir wollen Versicherungen für unsere Kunden so einfach, schnell und bequem wie möglich gestalten. Deshalb verbinden wir unsere Beratung nahtlos mit modernen Mobile- und Online-Serviceleistungen. So können unsere Kunden flexibel entscheiden, wie und wo sie mit uns in Kontakt treten. Und weil gerade schwierige Themen und komplexe Sachverhalte nach wie vor am besten persönlich besprochen werden, ist die fachkundige Beratung über unsere angestellten und selbstständigen ERGO Berater, Makler und starken Kooperationspartner ein wesentlicher Teil unseres Leistungsangebots.

Unsere Produktpalette

Die DKV kann auch im Jahr 2022 auf Auszeichnungen¹ für ihre Produkte und Services verweisen. Insbesondere der Leistungsumfang und die Beitragsgestaltung sind erneut positiv bewertet worden.

Mit unseren BestMed- und PremiumMed-Tarifen bieten wir in der Vollversicherung eine klar strukturierte Produktpalette. Der Kunde hat mit der Teil-Modularisierung in den Bereichen Stationär und Zahn eine zusätzliche Auswahl. Viele Ratingagenturen bestätigen uns bereits jetzt mit besten Bewertungen². Für Beihilfekunden bieten wir ein attraktives Portfolio mit den Beihilfe-Med-Tarifen an. Diese reichen von preisgünstiger bis hochwertiger Absicherung. Die Tarife sind ebenfalls teilmodular aufgebaut und decken die unterschiedlichen Beihilferegelungen ab.

Unsere Produktlinie Zahn deckt die Bedürfnisse der Kunden mit einem umfangreichen und modernen, modular aufgebauten Leistungsangebot ab. Das Produktportfolio in diesem Bereich ist seit vielen Jahren ausgezeichnet¹. Damit treffen unsere Versicherten Vorsorge für den Erhalt gesunder und schöner Zähne.

Die DKV bietet verschiedene Produkte an, mit denen sich gesetzliche Versicherte auch im Krankenhaus neben den Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen absichern können. Der Leistungsumfang geht dabei von der Kostenübernahme nur bei Unfall, für die Unterkunft, die Behandlung durch den Chefarzt bis hin zum Zugang zu unserem Expertennetzwerk. Alle Produkte sind online abschließbar.

¹ Aktuelle Testurteile sind auf der Internet-Seite der DKV hinterlegt: <https://www.dkv.com/unternehmen-auszeichnungen-89072.html>

² Bewertungsbeispiel: https://www.assekurata-rating.de/?post_type=norebro_portfolio&p=5679038

Das Portfolio der Pflegezusatzversicherung bietet einen rundum guten Pflege-Vorsorge-Schutz. Im Jahr 2022 hat wiederum eine Leistungsanpassung in einigen Pflege-tagegeld-Tarifen stattgefunden: Die Versicherten dieser Tarife bekommen unter bestimmten Bedingungen ohne erneute Gesundheitsprüfung und auch bei bereits bestehender Pflegebedürftigkeit die Möglichkeit, das versicherte Tagegeld zu erhöhen.

In der betrieblichen Krankenversicherung (bKV) bieten wir Arbeitgebern sowohl Einzel- als auch Kompaktbausteine an. Die Bausteine decken Leistungen im ambulanten, stationären und zahnärztlichen Bereich sowie in den Bereichen Pflege und Vorsorge ab. Zusätzlich haben die Arbeitgeber die Wahl der Beitragsbefreiung während entgeltfreier Zeiten. Mit diesem Angebot kommen wir den Wünschen der Arbeitgeber nach, das Thema Mitarbeitergewinnung und -bindung aktiv zu gestalten.

Lagebericht

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung und Kapitalmarktentwicklung

Die Erholung der Weltwirtschaft von der durch die Coronavirus-Pandemie ausgelösten Rezession schwächte sich 2022 deutlich ab. Vor allem in Europa stand die gesamtwirtschaftliche Entwicklung stark unter dem Eindruck des Krieges Russlands mit der Ukraine. In deren Folge und aufgrund der wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland stiegen die Preise für Energie und Nahrungsmittel weltweit stark an. In Deutschland wurden die höchsten Inflationsraten seit Beginn der 1950er Jahre gemessen. Aufgrund der Teuerung und hoher Unsicherheit bei Unternehmen und Konsumenten wuchs die deutsche Volkswirtschaft im Jahresverlauf nur schwach.

Nach derzeitigen Hochrechnungen¹ stagnierten die Beitragseinnahmen der deutschen Versicherungswirtschaft 2022. Das Beitragswachstum in der Schaden- und Unfallversicherung und in der privaten Krankenversicherung war zwar stärker als im langjährigen Mittel. Jedoch gingen die Beiträge in der Lebensversicherung aufgrund eines Einbruchs bei den Einmalbeiträgen zurück.

Infolge der deutlich gestiegenen Inflation haben die Zentralbanken die Geldpolitik im Jahr 2022 merklich gestrafft. Die US-amerikanische Zentralbank (Fed) beendete ihre Nettoanleihekäufe Anfang März 2022 und hob im gleichen Monat die Zinsen um 25 Basispunkte an. Sie erhöhte in den folgenden Monaten die Zinsen in größer werdenden Schritten, sodass der Leitzinskorridor zum Jahresende bei 4,25 bis 4,50 % und damit 425 Basispunkte über dem Niveau zu Jahresbeginn lag. Zudem begann sie zur Jahresmitte damit, die Zentralbankbilanz zu reduzieren. Die Europäische Zentralbank (EZB) beendete im März 2022 die Nettoanleihekäufe und mit einer Zinsanhebung um 50 Basispunkte im Juli auch die Negativzinsperiode. Nach weiteren Zinsanhebungen erreichte die Einlageverzinsung der EZB ein Niveau von 2,00 %.

An den Kapitalmärkten haben die hohe Inflation und die umfangreiche geldpolitische Straffung Spuren hinterlassen. Ausgehend von -0,2 % zu Jahresbeginn stiegen die Renditen zehnjähriger deutscher Staatsanleihen auf 2,6 %, ein Niveau, das zuletzt vor über zehn Jahren erreicht wurde. Der Verlauf zehnjähriger US-Staatsanleiherenditen ähnelte dem der Bundrenditen, wobei die langen US-Anleiherenditen von 1,5 % auf 3,8 % anstiegen. In der Spitze erreichten sie 4,2 %, ein Niveau, das zuletzt 2008 erzielt wurde. Der Renditeanstieg fand vor allem im ersten Halbjahr statt, als Erwartungen bezüglich einer Normalisierung der Geldpolitik aufgrund der steigenden Inflation zunahmen, unterstützt durch erste Zinsanhebungen der Fed. Zur Jahresmitte dämpften Wachstumssorgen die Markterwartungen hinsichtlich weiterer Zinsanhebungen und unterstützten einen temporären Rücksetzer der Renditen. Mit der Diskussion über ein verstärktes Vorziehen der Zinsanhebungen aufgrund der ausufernden Inflation stiegen die Renditen erneut an. Im vierten Quartal mehrten sich die Anzeichen, dass die Inflation den Höhepunkt erreichte. In diesem Umfeld schwächte sich die Dynamik bei den langen Bund- und US-Anleiherenditen ab.

Die Aktienmärkte gaben im Jahr 2022 nach. Zu den belastenden Faktoren zählten vor allem die hohe und steigende Inflation sowie die dadurch angestoßene, zunehmende geldpolitische Straffung. Auch die damit einhergehenden steigenden Zinsen wirkten belastend. Zu Jahresbeginn stieg die Risikoaversion auch aufgrund der Unsicherheit um die pandemische Lage sowie aufgrund erhöhter geopolitischer Unsicherheit infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine an. In der Spitze verloren sowohl der europäische Euro Stoxx 50 als auch der US-amerikanische S&P 500 jeweils über 20 %. Vor allem in der Eurozone erholte sich der Aktienmarkt im vierten Quartal, unterstützt durch eine nachlassende Preisdynamik, insbesondere bei Energiepreisen. In Summe sanken der Preisindex Euro Stoxx 50 sowie der deutsche Performanceindex DAX im Jahr 2022 um etwa 12 % und der Preisindex S&P 500 um 19 %.

¹ Quelle: Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) und Verband der Privaten Krankenversicherung (PKV-Verband)

Der Euro schwächte sich gegenüber dem US-Dollar ab und fiel von 1,14 US-Dollar je Euro auf einen Wert von 1,07. In der zweiten Jahreshälfte unterschritt er temporär die Parität. Ein wichtiger Faktor hinter der Schwäche des Euro waren die stärkeren Auswirkungen des Krieges in der Ukraine, insbesondere der starke Rückgang von Energielieferungen aus Russland und die daraus resultierenden höheren ökonomischen Risiken für die Eurozone.

Marktdaten-Quelle: Refinitiv-Datastream

Die private Krankenversicherung im Jahr 2022

Die private Krankenversicherung (PKV) zeigte sich – insbesondere im Hinblick auf die gesetzlichen Rahmenbedingungen und die Beitragsentwicklung – im Jahr 2022 stabil. Nach der Bundestagswahl ebte die Diskussion über die Zukunft der privaten Krankenversicherung wieder ab. SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP hielten am Nebeneinander von gesetzlicher und privater Kranken- und Pflegeversicherung fest. Das Umfeld blieb weiterhin herausfordernd. Die Unternehmen mussten aufgrund des Niedrigzinsumfelds im Rahmen von Beitragsanpassungen nicht nur die Kosten des medizinischen Fortschritts, sondern auch den gesunkenen Unternehmenszins einpreisen. Zur Coronavirus-Pandemie kamen die Folgen des Krieges in der Ukraine hinzu, die die Teuerung erhöhten und die wirtschaftliche Situation der privaten Haushalte eintrübten.

Viele Maßnahmen zur Bewältigung der Coronavirus-Pandemie sind im ersten Halbjahr des Jahres 2022 ausgelaufen, manche Maßnahmen galten auch darüber hinaus. Hierzu zählten beispielsweise Maßnahmen des gesetzlichen Pflegerettungsschirms. Zur Finanzierung dieser pandemiebedingten Mehrausgaben wurde in der Pflegepflichtversicherung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022 ein befristeter Zuschlag auf den monatlichen Beitrag erhoben.

Durch das am 14. Juni 2021 im Bundestag verabschiedete Gesetz zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung (GVWG) kam es zu einem Paradigmenwechsel in der stationären Pflege: Seit dem 1. Januar 2022 zahlt die Pflegeversicherung bei der Versorgung im Pflegeheim einen Zuschlag zur Begrenzung des Eigenanteils in Abhängigkeit von der Dauer der Pflege. Zum 1. Januar erhöhten sich zudem die Sachleistungsbeträge um 5 %, und die Rahmenbedingungen für die Kurzzeitpflege verbesserten sich.

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat am 22. Juni 2022 ein weiteres wichtiges Grundsatzurteil in den Rechtsstreitigkeiten um Beitragsanpassungen, die in den letzten Jahren vermehrt gegen Unternehmen der PKV erhoben wurden, erlassen. Der BGH hat entschieden (Az. IV ZR 253/20), dass § 8b Abs. 1 MB/KK 2009 in Verbindung mit den Tarifbedingungen des Versicherungsunternehmens eine wirksame Grundlage für Prämienanpassungen ist, bei denen der Vergleich der erforderlichen mit den kalkulierten Versicherungsleistungen eine Abweichung über dem tariflich festgelegten Prozentsatz von 5 % ergeben hat, der gesetzliche Schwellenwert von 10 % aber nicht überschritten wurde.

Die Beitragseinnahmen der PKV stiegen nach ersten Hochrechnungen des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) um 3,1 (5,8) % auf insgesamt 46,8 (45,4) Mrd. €. Die Versicherungsleistungen einschließlich der Schadenregulierungskosten nahmen voraussichtlich um rund 3,8 (3,5) % auf 33,1 (31,8) Mrd. € zu.¹

¹ Vgl. GDV, Jahresmedienkonferenz 2023 vom 26.01.2023, Private Krankenversicherung 2022

Geschäftsverlauf

In einem schwierigen Marktumfeld stieg der Zugang in Jahressollbeiträgen (JSB) im vergangenen Jahr insgesamt um 3,7 %. Er setzt sich zusammen aus einem Anstieg im Neuzugang (+2,3 %) und bei den Plusumstufungen (+5,7 %).

Im Geschäftsfeld Vollversicherung verzeichneten wir beim Neuzugang in JSB einen Anstieg um 5,7 % und in der Pflegepflichtversicherung um 11,2 % gegenüber dem Vorjahr. Der Zugang an Personen war rückläufig. Der Zugang in JSB in der Ergänzungsversicherung wies im Berichtsjahr insgesamt eine Steigerung um 9,7 % auf. Die Anzahl an Personen in der Ergänzungsversicherung blieb nahezu auf dem Niveau des Vorjahres.

Bei den besonderen Versicherungsformen zeigte sich der Wegfall der Coronamaßnahmen und die damit verbundene Aufnahme der Reisetätigkeit in einem Bestandszuwachs an Personen in der Auslandsreisekrankenversicherung von 11,4 %.

Am Jahresende waren bei der DKV im originären Geschäft, d.h. ohne besondere Versicherungsformen, wie insbesondere die Auslandsreisekrankenversicherung, 4.261.479 Personen versichert. Die Zahl der Versicherten sank damit im Jahr 2022 geringfügig gegenüber dem Vorjahr. In der Krankheitskostenvollversicherung waren davon 695.974 und in der Ergänzungsversicherung 3.565.505 Personen versichert.

Ertragslage

Die Ertragslage der DKV ist geprägt durch die Beitrags-einnahmen und die Aufwendungen für Versicherungsfälle im versicherungsgeschäftlichen Ergebnis sowie das Kapitalanlageergebnis. Diese Komponenten sowie das Gesamtergebnis und die Überschussverwendung zugunsten unserer Kunden gelten als bedeutsamste Leistungsindikatoren.

Beitragseinnahmen

Die gebuchten Bruttobeiträge stiegen wie erwartet im Geschäftsjahr 2022 insgesamt leicht an. Sie erhöhten sich um 1,4 % auf 5,1 Mrd. €. Die gesamten Beitrags-einnahmen beliefen sich auf 5,1 (5,1) Mrd. €. Davon entfielen 493 (459) Mio. € auf die Pflegepflichtversicherung. Hier verzeichneten wir auch den größten Beitragsanstieg. Zudem erhöhten sich die Beiträge insbesondere in der ergänzenden Pflegezusatzversicherung, der Krankheitskostenvollversicherung und in der Krankheitskostenteilversicherung. Ursächlich für den Beitragsanstieg waren im Wesentlichen die Beitragsanpassungen. Im Rahmen der Beitragsanpassung setzten wir Limitierungsmittel in Höhe von 264 (312) Mio. € ein.

Versicherungsleistungen

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle erhöhten sich 2022 um 5,6 % auf 4,3 (4,0) Mrd. €. Der Anstieg resultierte im Wesentlichen aus allgemeinen Kostenstei-

gerungen im Gesundheitswesen aufgrund des medizinischen Fortschritts. Die Zahlungen für Versicherungsfälle stiegen um 1,4 % auf 4.154 Mio. €.

Leistungen für die Versicherten	2022		2021	
	Mio. € / %	%	Mio. € / %	%
Aufwendungen für Versicherungsfälle - brutto -	4.260,4	+5,6	4.033,6	-0,7
Rückstellung für erfolgsunabhängige BRE	48,8	-16,9	58,7	+12,6
Entnahmen für Limitierungen und Barausschüttungen ¹	30,7		33,2	
Zuführung allgemein	20,8		24,2	
Zuführung nach § 150 Abs. 4 VAG	0,0		15,6	
Rückstellung für erfolgsabhängige BRE	1.433,6	-17,2	1.731,5	+22,8
Entnahme für				
Begrenzung von Beitragsanpassungen	253,3		299,4	
Barausschüttung	144,1		143,6	
Zuführung	99,5		765,0	
RfB-Quote	27,9 %		34,1 %	
RfB-Entnahmeanteile				
Quote Einmalbeiträge	63,7 %		67,6 %	
Quote Barausschüttung	36,3 %		32,4 %	
RfB-Zuführungsquote	1,9 %		15,1 %	
Deckungsrückstellung	44.462,7	+2,3	43.455,2	+3,1
Allgemeine Zuführung ²	899,0		1.373,8	
Zuführung nach § 149 VAG	108,5		112,3	
Direktgutschrift nach § 150 Abs. 2 VAG	0,0		196,0	
Schadenquote	75,5 %		72,9 %	
Versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote	16,1 %		19,4 %	
Überschussverwendungsquote³	83,9 %		88,0 %	

¹ Ohne Pool-RfB

² Laufende Zuführung, Verzinsung, Einmalbeiträge, Übertragungswerte

³ Nach Art der Lebensversicherung betriebene Kranken- und Pflegeversicherungen

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Abschluss- und Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich um 40 Mio. € auf 433 Mio. €. Höhere Fixkosten führten zu einem Anstieg der Abschlusskostenquote auf 5,7 (5,1) %. Die Verwaltungskostenquote lag mit 2,7 % geringfügig über dem Vorjahreswert von 2,6 %.

Kapitalanlageergebnis

Das Kapitalanlageergebnis lag deutlich unter unseren Erwartungen. Es sank um 57,4 % auf 670 (1.573) Mio. €. Ursächlich waren die auf 1.227 (281) Mio. € gestiegenen gesamten Aufwendungen, während sich die gesamten Erträge um 2,3 % auf 1.897 (1.854) Mio. € erhöhten.

Die laufenden Erträge sanken infolge niedrigerer Ausschüttungen aus Spezialfonds um 12,9 % auf 1.352 (1.552) Mio. €. Die Abgangsgewinne beliefen sich auf 538 (31) Mio. €. Aufgrund der Entwicklung der Aktienmärkte im Jahr 2022 gingen die Erträge aus Zuschreibungen auf 8 (270) Mio. € zurück, wohingegen die Abschreibungen auf 994 (185) Mio. € stiegen. Von den Abschreibungen betrafen 20 (19) Mio. € die Immobilien. Im Gegensatz zum Vorjahr gab es außerplanmäßige Abschreibungen auf Immobilien nach § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB in Höhe von 1 Mio. €. Die Abschreibungen auf Fonds und Beteiligungen fielen im Geschäftsjahr mit 935 (142) Mio. € an. Weiterhin wurden die Hypotheken um 34 (24) Mio. € abgeschrieben. Die Abgangsverluste stiegen auf 158 (24) Mio. €. Die Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstigen Aufwendungen für Kapitalanlagen verzeichneten einen leichten Anstieg auf 75 (73) Mio. €. Hiervon entfielen 17 (16) Mio. € auf die Aufwendungen für Instandhaltung und Bewirtschaftung von Grundstücken.

Infolge dieser Entwicklungen sank die Nettoverzinsung der DKV auf 1,4 (3,4) %.

Gesamtergebnis

Der Rohüberschuss nach Steuern verringerte sich auf 173 (1.174) Mio. €. Neben dem auf 827 (982) Mio. € gesunkenen versicherungsgeschäftlichen Ergebnis war das deutlich niedrigere Kapitalanlageergebnis der wesentliche Treiber – wie bereits im vorangegangenen Abschnitt erläutert. Aufgrund der Entwicklung des Kapitalanlageergebnisses konnten wir keine Mittel unmittelbar zugunsten der Versicherten in Form einer Gutschrift nach § 150 VAG zur sofortigen und zur künftigen Beitragsermäßigung verwenden. Demgegenüber konnten wir den Versicherten im Vorjahr noch 212 Mio. € gutschreiben. Der Bruttoüberschuss nach Steuern entsprach daher mit 173 Mio. € dem Rohüberschuss nach Steuern, während er im Vorjahr noch 962 Mio. € betrug.

Aus dem Bruttoüberschuss führten wir der Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung 99 (765) Mio. € zu (inklusive der Zuführung zur Rückstellung für die Pflegepflichtversicherung). Wir gaben 83,9 (88,0) % des erwirtschafteten Überschusses (nach Art der Lebensversicherung berechnet) an unsere Versicherten weiter. Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung belief sich zum Ende des Jahres 2022 auf 1.482 (1.790) Mio. €. Dieser Betrag ist zur künftigen Beitragsentlastung oder zur Auszahlung an leistungsfreie Versicherte vorgesehen.

Das unter unseren Erwartungen liegende und gegenüber dem Vorjahr gesunkene Gesamtergebnis von 73 (197) Mio. € werden wir im Rahmen des bestehenden Gewinnabführungsvertrags vollständig an die ERGO Group AG abführen.

Vermögenslage

Kapitalanlagenbestand

Der gesamte Kapitalanlagenbestand der DKV erhöhte sich 2022 um 1,2 % auf 47,1 (46,6) Mrd. €.

Mit unserer sicherheitsorientierten und breit gestreuten Anlagepolitik erfüllen wir die Grundsätze der Mischung und Streuung. Unsere Kapitalanlagen waren größtenteils in festverzinslichen Wertpapieren (einschließlich der in Investmentfonds enthaltenen Wertpapiere) investiert.

Diese wiederum bestanden überwiegend aus Papieren von Emittenten mit guter bis sehr guter Bonität, wovon wir ein Rating von mindestens „A“ gemäß Standard & Poor's verstehen. Wir beobachten risikobehaftete Investitionen im Rahmen unseres Risikomanagements genau, um gegebenenfalls Verkäufe oder ähnliche Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Im Fall von bonitätsbedingten Wertminderungen sind Abschreibungen erfolgt.

Kapitalanlagen	2022		2021	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	529	1,1	540	1,2
Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	2.234	4,7	1.737	3,7
Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	16.955	36,0	17.158	36,9
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	10.058	21,3	9.752	20,9
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	1.786	3,8	1.416	3,0
4. Sonstige Ausleihungen	14.945	31,7	15.612	33,5
5. Andere Kapitalanlagen	616	1,3	343	0,7
Summe	47.123	100,0	46.558	100,0
Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft	1	-	1	-
Kapitalanlagen insgesamt	47.124	-	46.559	-

Bewertungsreserven

Im Anhang unter den Erläuterungen zur Aktivseite der Bilanz weisen wir die Zeitwerte der Kapitalanlagen aus. Der Unterschied zwischen Zeit- und Buchwert wird als Bewertungsreserve bezeichnet. Zeitwerte sind Momentaufnahmen und spiegeln die Marktsituation zu einem bestimmten Zeitpunkt wider. Sie entwickeln sich nicht stetig, sondern unterliegen größeren Schwankungen.

Zum Geschäftsjahr wiesen die Kapitalanlagen der DKV per saldo stille Lasten von 2,2 Mrd. € auf, nachdem im Vorjahr die Bewertungsreserven 5,9 Mrd. € betragen hatten. Der deutliche Zinsanstieg im Vergleich zum Vorjahr führte dazu, dass viele der im Bestand befindlichen festverzinslichen Wertpapiere mit niedrigem Kupon zum 31. Dezember 2022 unter pari notierten. Diese Lasten lösen sich bis zur Endfälligkeit auf.

Versicherungstechnische Netto-Rückstellungen

Versicherungstechnische Netto-Rückstellungen	Mio. €	2022 %	Mio. €	2021 %
Rückstellung für Beitragsüberträge	5	0,0	5	0,0
Deckungsrückstellung	44.463	94,6	43.455	94,0
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	1.027	2,2	920	2,0
Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	1.482	3,2	1.790	3,9
Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	31	0,1	56	0,1
Versicherungstechnische Netto-Rückstellungen insgesamt	47.008	100,0	46.227	100,0

Die Deckungsrückstellung ist aufgrund von Anspar-effekten, rechnungsmäßiger Verzinsung und Einmal-beiträgen aus der Rückstellung für Beitragsrückerstat-tung um 1.007 Mio. € auf 44.463 Mio. € gestiegen. Die Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunab-hängige Beitragsrückerstattung reduzierte sich um 308 Mio. €, im Wesentlichen wegen rückläufiger Zuführun-gen infolge eines gesunkenen Rohergebnisses. Insge-samt nahmen die versicherungstechnischen Rückstel-lungen für eigene Rechnung um 782 Mio. € gegenüber 2021 auf 47.008 Mio. € zu.

Finanzlage

Kapitalstruktur

Das Eigenkapital betrug zum Ende des Jahres unverändert 469,5 Mio. €.

Beschränkungen in der Verfügbarkeit von Finanzmitteln

Beschränkungen in der Verfügbarkeit von Finanzmitteln lagen im Geschäftsjahr 2022 bei der DKV nicht vor.

Wesentliche Finanzierungsmaßnahmen und -vorhaben

Im Rahmen des Gewinnabführungsvertrages hat unsere Gesellschaft den Gewinn des Jahres 2021 an die ERGO Group AG abgeführt.

Die ERGO Group AG hat alle von ihr gehaltenen Aktien der DKV Deutsche Krankenversicherung AG an die ERGO Deutschland AG übertragen. Im Rahmen der Übertragung der DKV wurde der zwischen der ERGO Group AG und der DKV bestehende Gewinnabführungsvertrag einvernehmlich zum Ablauf des 31. Dezember 2022 aufgehoben. Im Jahr 2023 soll ein neuer Gewinnabführungsvertrag zwischen der ERGO Deutschland AG und der DKV abgeschlossen werden.

Die DKV führte im Geschäftsjahr 2022 keine Finanzierungsmaßnahmen durch. Derzeit planen wir auch keine Finanzierungsmaßnahmen für das Jahr 2023.

Liquidität

Im Rahmen der detaillierten Liquiditätsplanung stellen wir sicher, dass wir jederzeit uneingeschränkt in der Lage sind, unseren fälligen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Der Liquiditätssaldo belief sich im Geschäftsjahr 2022 auf 8.642 (4.201) Mio. €. Wir haben unter Einbeziehung des Liquiditätsvortrages im Rahmen des Mandates der Strategischen Asset Allocation 8.383 Mio. € wieder am Kapitalmarkt angelegt.

Zum Geschäftsjahresende 2022 betrug der Liquiditätsbestand 630 Mio. €, nach 372 Mio. € im Vorjahr. Hierunter fallen laufende Guthaben bei Kreditinstituten sowie die Forderung gegenüber der MEAG aus dem Cash Pooling, die unter den Anderen Kapitalanlagen ausgewiesen wird.

Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

Die DKV erzielte im Geschäftsjahr 2022 mit 73 (197) Mio. € – bedingt durch die Entwicklung des Kapitalanlageergebnisses – ein deutlich niedrigeres Gesamtergebnis als im Vorjahr. Unser Risikomanagement stellt sicher, dass wir die versicherungstechnischen Risiken sowie die Risiken im Kapitalanlagebereich jederzeit im Blick haben und entsprechend gegensteuern können. Unsere Kapitalanlagenstruktur gewährleistet zusammen mit der Eigenmittelausstattung die jederzeitige Erfüllung der Ansprüche unserer Kunden. Eine detaillierte Liquiditätsplanung stellt sicher, dass die DKV ihren Zahlungsverpflichtungen jederzeit nachkommen kann.

Wie erwartet hatte der Krieg in der Ukraine für die DKV keine über die Betroffenheit aller Marktteilnehmer hinausgehende Auswirkung. Insgesamt beurteilt der Vorstand die wirtschaftliche Situation der DKV auch im schwierigen Jahr 2022 als stabil.

Lagebericht

Risikobericht

Ziele des Risikomanagements

Risikomanagement ist ein wichtiger Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Zu seinen Aufgaben gehört es, Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden können, frühzeitig zu erkennen (§ 91 Abs. 2 AktG). Das Risikomanagement der ERGO verfolgt insbesondere das Ziel, die Finanzstärke zu erhalten, um die Ansprüche unserer Kunden zu sichern. Die zur Überwachung der Finanzstärke herangezogenen Kriterien sind innerhalb der Risikostrategie festgelegt. Ein weiteres Ziel ist, die Reputation der ERGO Group und aller Einzelgesellschaften zu schützen. Dazu setzen wir auf ein alle Bereiche umfassendes Risikomanagement. Die Vorgaben des Aktiengesetzes sowie die im Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) verankerten aufsichtsrechtlichen Vorgaben zur Geschäftsorganisation bilden hierfür den Rahmen.

Organisatorischer Aufbau des Risikomanagements

Die Risikomanagement-Organisation der DKV ist in die Risikomanagement-Prozesse der ERGO Group eingebunden. Der Bereich „Integriertes Risikomanagement“ (IRM) stellt das gruppenweite Risikomanagement sicher. Dezentrale Risikomanagement-Strukturen in allen Bereichen der Gruppe unterstützen IRM hierbei. An der Spitze der Risikomanagement-Organisation steht der Chief Risk Officer (CRO). Die einzelnen dezentralen Risikoverantwortlichen berichten an ihn. IRM analysiert, bewertet und überwacht die identifizierten Risiken. Diese kommuniziert der CRO an den Risikoausschuss der ERGO Group AG und an den Vorstand der Gesellschaft. Unbeschadet der Gesamtverantwortung des ERGO Vorstands entscheidet der Risikoausschuss über die vom ERGO Vorstand nach der Geschäftsordnung übertragenen Angelegenheiten. Entscheidungen auf Ebene der ERGO Group, die unsere Gesellschaft tangieren, überprüft und ratifiziert der Vorstand unserer Gesellschaft. Zum Risikomanagement-System gehören Risikokriterien und entsprechende Risikomanagement-Steuerungsprozesse. Darüber hinaus dient das implementierte Risikomanagement-System der Förderung der Risikokultur. Die geschaffene Risikokultur verstärkt das Risikobewusstsein, fördert ein risikogerechtes Verhalten und unterstützt so das Erreichen unserer Unternehmensziele.

Durch diese Organisation können wir Risiken frühzeitig erkennen und aktiv steuern.

Festlegung der Risikostrategie

Die Risikostrategie greift die aus der Geschäftsstrategie resultierenden Risiken auf. Sie ist eine wichtige Grundlage für die strategische und operative Planung. Der Vorstand der Gesellschaft prüft und verabschiedet die Risikostrategie jährlich. Zusätzlich wird sie mit dem Aufsichtsrat der Gesellschaft besprochen.

Die Risikostrategie definiert die Risikoobergrenzen auf Basis der Risikotragfähigkeit der Gesellschaft. Die Einhaltung der Risikoobergrenzen überwachen wir anhand fester Schwellenwerte (Grenzen) und Frühwarnmechanismen in einer Ampel-Logik (Trigger). Diese Toleranzen orientieren sich an der Kapital- und Liquiditätsausstattung sowie der Ertragsvolatilität. Eine ausreichende Risikotragfähigkeit veranschaulicht die Fähigkeit des Unternehmens, Verluste aus identifizierten Risiken zu absorbieren. Aus diesen darf keine Gefahr für die Existenz der Gesellschaft resultieren.

Umsetzung der Risikostrategie und Risikomanagement-Kreislauf

Im Rahmen der Geschäftsplanung berücksichtigt der Vorstand die Risikostrategie. In der operativen Geschäftsführung ist diese ebenfalls verankert. Bei Kapazitätsengpässen oder Konflikten mit dem Limit- und Trigger-System verfahren wir nach festgelegten Eskalations- und Entscheidungsprozessen. Diese stellen sicher, dass Geschäftsinteressen und Risikomanagement-Aspekte in Einklang stehen.

Ein funktionierendes und wirksames Governance-System ist für eine effektive Unternehmenssteuerung und -überwachung von elementarer Bedeutung. Unsere Gesellschaft verfügt über ein Governance-System, das die unternehmensindividuelle Geschäftstätigkeit (Art, Umfang und Komplexität) sowie das zugrunde liegende Risikoprofil berücksichtigt. Ein Teil des Governance-Systems ist die unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung, auch „Own Risk and Solvency Assessment“ (ORSA) genannt. ORSA liegt eben-

falls in der operativen Verantwortung der Risikomanagement-Funktion und stellt eine Verbindung der Risikomanagement- und Planungsprozesse her. Der Vorstand hat die Gesamtverantwortung für ORSA.

Er hat eine aktive Rolle, ORSA zu gestalten, die Ergebnisse zu hinterfragen und zu entscheiden, ob gegebenenfalls weitere Maßnahmen erforderlich sind.

Die operative Umsetzung des Risikomanagements umfasst die Identifikation, Analyse, Bewertung und Steuerung von Risiken. Dazu gehört auch die daraus abgeleitete Risikoberichterstattung. Bei der Betrachtung der Risiken analysieren und bewerten wir die Risikolage auch mit Blick auf Kumulrisiken und wechselseitige Abhängigkeiten. Die Steuerung erfolgt anhand der in der Risikostrategie definierten qualitativen und quantitativen Größen. Die Betrachtung umfasst auch die ausgelagerten Prozesse und die damit verbundenen Risiken. Mit unseren Risikomanagement-Prozessen stellen wir sicher, dass wir Risiken kontinuierlich überwachen und bei Trigger- und Limitverletzungen bzw. Veränderungen des Risikoprofils Gegenmaßnahmen einleiten können.

Im Rahmen unseres Kapitalmanagement-Prozesses überwachen wir die Solvenzausstattung der Gesellschaft und ergreifen Maßnahmen, sofern eine unzureichende Kapitalisierung droht.

Kontroll- und Überwachungssysteme

Unser „Internes Kontrollsystem“ (IKS) ist ein System zum Management von operationellen Risiken. Es beinhaltet die folgenden Risikodimensionen: Risiken der finanziellen Berichterstattung, rechtliche Risiken sowie sonstige operationelle Risiken. Es adressiert einheitlich die operationellen Risiken auf Unternehmens-, Fachbereichs- und IT-Ebene, basierend auf den Geschäftsprozessen. Die Verantwortung für das IKS liegt beim Vorstand der Gesellschaft. Der Bereich IRM ist für das IKS organisatorisch und methodisch zuständig. Die Fachbereiche verantworten die Risiken und Kontrollen in ihren Geschäftsprozessen. Die Einbindung aller Geschäfts- und IT-Bereiche schafft ein einheitliches Risikoverständnis. Die Ergebnisse fließen in die regelmäßige IKS-Berichterstattung ein. Die Berichterstattung beinhaltet auch die konzernintern ausgegliederten Prozesse und dient somit als Bericht über die Risiko- und Kontrollsituation in den ausgegliederten Prozessen. Ebenso sind Kontrollen und Prozesse zur Überwachung von externen Ausgliederungen Gegenstand des IKS.

Im Rahmen einer kontinuierlichen Verbesserung überprüfen wir regelmäßig die Angemessenheit des IKS.

Zur weiteren Verbesserung der Ausgestaltung des IKS werden die methodischen Elemente fortlaufend überprüft und überarbeitet. Diese sind in den Versicherungsgesellschaften und bei den wesentlichen gruppeninternen Dienstleistern der ERGO in Deutschland bereits umgesetzt und werden für die internationalen Versicherungsgesellschaften weiter sukzessive ausgerollt.

Die Revisionseinheit ERGO Group Audit (GA) bewertet bei ihren risikobasiert ausgewählten Prüfungen je nach Schwerpunkt der jeweiligen Prüfung u.a. die Angemessenheit der involvierten IKS-Elemente. Dies tut sie, indem sie das Design und die Funktionsfähigkeit der entsprechenden Kontrollen in den geprüften Prozessen und Anwendungen einschätzt. Dabei sind Prozesse des Risikomanagement-Systems regelmäßig und in jedem Jahr Bestandteil des jährlichen Prüfungsplans und der damit verbundenen Risikoanalyse und -bewertung durch GA. Jährlich und im Rahmen der GA-Berichterstattung beurteilt GA auf Basis der Revisionsergebnisse in der zurückliegenden Prüfungsperiode und der sonstigen Beobachtungen die Angemessenheit des IKS und nimmt Stellung zu den wesentlichen Prüfungsergebnissen auch im Bereich des Risikomanagement-Systems.

Risikoberichterstattung

Mit der Risikoberichterstattung erfüllen wir nicht nur aktuelle rechtliche Anforderungen, sondern stellen auch intern Transparenz für das Management her und informieren die Aufsicht und die Öffentlichkeit.

Die interne Risikoberichterstattung informiert das Management regelmäßig über die Risikolage. Bei einer signifikanten Veränderung der Risikosituation erfolgt eine sofortige Berichterstattung an das Management unserer Gesellschaft. Sie erfolgt auch bei besonderen Schadenfällen und Ereignissen.

Mit unserer externen Risikoberichterstattung wollen wir einen verständlichen Überblick über die Risikolage der Gesellschaft geben. Die Öffentlichkeit informieren wir über die aktuelle Risikosituation der Gesellschaft durch diesen Bericht und den „Solvency and Financial Condition Report“ (SFCR), den Bericht über Solvabilität und Finanzlage nach Solvency II.

Wesentliche Risiken

Risiken sind mögliche künftige Entwicklungen oder Ereignisse, die zu einer negativen Prognose- bzw. Zielabweichung für das Unternehmen führen können. Wesentliche Risiken sind Risiken, die sich negativ auf die

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft auswirken können.

Wesentliche Risiken entstehen aus den folgenden Risikokategorien. Auf risikokategorieübergreifende Inhalte gehen wir gesondert in einem eigenen Abschnitt zum Ende des Risikoberichts ein.

Versicherungstechnische Risiken

Das Management der versicherungstechnischen Risiken nimmt im Risikomanagement-System unseres Unternehmens eine herausgehobene Stellung ein. Kernelement dieses Managements ist zum einen die Kontrolle der Risikoverläufe. Zum anderen überprüfen wir die Rechnungsgrundlagen für die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen und Beiträge laufend.

Die Beiträge und Rückstellungen kalkulieren wir mit vorsichtig gewählten Rechnungsgrundlagen. So können wir die Erfüllung unserer Verpflichtungen dauerhaft sicherstellen. Wir reduzieren die versicherungstechnischen Risiken durch geeignete Zeichnungsrichtlinien und aktuarielle Analysen. Aktuarielle Analysen betreffen hierbei unter anderem die Versicherungsleistungen, das Stornoverhalten und die Sterblichkeitsentwicklungen in den Beständen. So untersuchen wir z.B. das Stornoverhalten monatlich und mindestens jährlich nach Vertragslaufzeit, Tarif und Grund der Stornierung. Aus diesen Analysen leiten wir Informationen ab, wie wir das Storno dauerhaft mit angemessenen Sicherheiten versehen können. Wir verwenden diese Stornotafeln mit den ausreichenden Sicherheiten dann auch bei der Kalkulation.

Der Verantwortliche Aktuar sieht die für die Kalkulation herangezogenen Rechnungsgrundlagen als angemessen an. Für den Großteil der Rechnungsgrundlagen findet eine weitere Prüfung durch einen unabhängigen mathematischen Treuhänder statt. Das Ergebnis dieser Prüfung ist ausnahmslos, dass der Treuhänder die Angemessenheit der Rechnungsgrundlagen ebenfalls bestätigt. Das Risiko kumulierter Schadenereignisse, beispielsweise durch eine Pandemie, können wir nachzeitigem Kenntnisstand aus eigenen Mitteln tragen.

Ein Massenstorno stellt in der privaten Krankenvollversicherung aufgrund des zugrunde liegenden Geschäftsmodells und unter Beachtung der gesetzlichen Rahmenbedingungen kein wesentliches Risiko dar.

In den folgenden Abschnitten stellen wir die versicherungstechnischen Risiken der DKV dar. Des Weiteren nehmen wir eine differenzierte Analyse der einzelnen

Risiken und relevanter Einflussgrößen vor. Die spezifischen versicherungstechnischen Risiken eines Krankenversicherungsunternehmens sind das Sterblichkeits-, das Langlebighkeits-, das Versicherungsleistungs-, das Storno-, das Kosten- und das Rechnungszinsrisiko.

Sterblichkeits- und Langlebighkeitsrisiko

Die Abweichung der tatsächlichen Sterblichkeit von der in der Kalkulation angenommenen charakterisiert das Sterblichkeitsrisiko bzw. das Langlebighkeitsrisiko. Die privaten Krankenversicherer ermitteln verbandsweit regelmäßig Sterbetafeln nach anerkannten aktuariellen Grundsätzen und übernehmen sie im Rahmen von Beitragsanpassungen in die Beitragskalkulation, sobald die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) diese veröffentlicht hat. Zusätzlich analysieren wir regelmäßig die verwendeten Sterbetafeln in unseren internen Controlling-Systemen. Hierbei kann es zu einer Beitragsanpassung nach § 155 Abs. 4 VAG kommen. Eine solche Beitragsanpassung kann erfolgen, wenn sich signifikante Abweichungen zwischen den erforderlichen und den verwendeten Sterbewahrscheinlichkeiten ergeben. Durch die Umsetzung der erwähnten gesetzlichen Vorgaben schränken wir das Sterblichkeitsrisiko stark ein und begrenzen dieses.

Zusätzlich zeigen Marktanalysen, dass die Sterblichkeit wenig schwankt. Dies kann durch die geringen Änderungen bei den jährlichen Aktualisierungen der Brantafel belegt werden.

Versicherungsleistungsrisiko

Das Versicherungsleistungsrisiko besteht darin, dass wir aus einer im Voraus festgesetzten Prämie Versicherungsleistungen erbringen müssen. Diese Versicherungsleistungen haben wir in ihrem Umfang vorab vereinbart. Deren Höhe ist jedoch von der zukünftigen Entwicklung der Krankheitskosten und der Inanspruchnahme von Versicherungsleistungen abhängig. Die Leistungsversprechen spielen dabei eine besondere Rolle. Auch für die Zukunft gehen wir von einer weiteren Verbesserung der medizinischen Möglichkeiten sowie einer stärkeren Inanspruchnahme aus. Daher erwarten wir höhere Aufwendungen für Versicherungsleistungen.

Das Verhältnis der kalkulierten zu den erforderlichen Versicherungsleistungen überwachen wir ständig. Für einen Tarif nach Art der Lebensversicherung können wir eine Beitragsanpassung nach § 155 Abs. 3 VAG durchführen, sofern in diesem Tarif die erforderlichen Versicherungsleistungen nicht nur vorübergehend von den kalkulierten Leistungen abweichen.

Auf die Tarife nach Art der Schadenversicherung übertragen wir in der Regel das Verfahren einer Beitragsanpassung von Tarifen nach Art der Lebensversicherung. Durch diese Maßnahmen schränken wir das Risiko stark ein und überwachen es. In den verbleibenden Tarifen sind in der Regel feste Laufzeiten oder ein Kündigungsrecht vereinbart, sodass das Versicherungsleistungsrisiko nicht bzw. nur eingeschränkt auftreten kann.

Stornorisiko

Das Stornorisiko besteht darin, dass entweder mehr oder weniger Kunden ihren Vertrag kündigen, als erwartet.

Bei der Kalkulation sind Annahmen zum Stornoverhalten erforderlich. Abweichungen des tatsächlichen Verhaltens von den Annahmen können zu einer Erhöhung der Rückstellung über die kalkulierte Rückstellungsbildung hinaus führen. Wir überwachen die von uns im Rahmen der Kalkulation verwendeten Stornotafeln regelmäßig und prüfen diese auf ihre Angemessenheit. Dies bestätigt der Verantwortliche Aktuar auch im Rahmen der Beitragsanpassungen. Deswegen sehen wir sie als ausreichend sicher an. Im Rahmen von Beitragsanpassungen nehmen wir bei signifikanten Abweichungen des tatsächlichen Stornos von den Stornonahmen Anpassungen bei den Storno-Rechnungsgrundlagen vor. Hierdurch schränken wir das Stornorisiko ein und begrenzen dieses. Nach Ansicht des Verantwortlichen Aktuars enthalten die verwendeten Stornotafeln genügend Sicherheiten.

Kunden, die sich nach dem 1. Januar 2009 in der substitutiven Krankenversicherung versichert haben, nehmen beim Wechsel zu einem anderen privaten Krankenversicherer einen Übertragungswert mit. Dieses Recht erhalten auch alle Versicherten der Pflegepflichtversicherung. Bei Wechsel des Versicherungsunternehmens werden somit Bestandteile der kollektiven Alterungsrückstellung übertragen. Die kollektive Alterungsrückstellung orientiert sich an dem durchschnittlichen Gesundheitszustand der Versicherten. Für überdurchschnittlich Gesunde ist diese Rückstellung zu hoch, für überdurchschnittlich Kranke zu niedrig. Deswegen kann bei einem Wechsel vor allem besonders gesunder Versicherter eine Belastung des zurückbleibenden Bestandes entstehen. Dies kann zusätzliche Beitragssteigerungen auslösen.

Bei der Kalkulation der Beiträge berücksichtigen wir die erwarteten Übertragungswerte. Diese hängen von den rechtlichen Rahmenbedingungen ab. Die hier jeweils zugrunde gelegten Annahmen überprüfen wir regel-

mäßig. Diese Annahmen sind nach Ansicht des Verantwortlichen Aktuars mit ausreichenden Sicherheiten versehen. Damit stellt die mögliche Mitgabe eines Übertragungswerts nach heutigem Kenntnisstand für die Gesellschaft weder ein Finanzierungs- noch ein Liquiditätsrisiko dar.

Zusätzlich wird die Richtlinie der Deutschen Aktuarvereinigung (DAV) „Festlegung von Stornotafeln in der privaten Krankenversicherung“ vom 26. September 2017 auch in Zukunft Anwendung finden. Hierdurch schränken wir das Stornorisiko ein und begrenzen es.

Kostenrisiko

Das Kostenrisiko besteht darin, dass die tatsächlichen Kosten die kalkulierten Kosten übersteigen. Wenn Beitragsanpassungen aufgrund von Veränderungen in der Sterblichkeit oder bei Schäden durchgeführt werden (§ 155 Abs. 3 und 4 VAG) und wir feststellen, dass die kalkulierten und die tatsächlichen Kosten voneinander abweichen, passen wir die kalkulierten Kosten im Rahmen einer Beitragsanpassung mit Zustimmung des Treuhänders an.

Rechnungszinsrisiko

Der verwendete Rechnungszins in der Krankenversicherung ist durch gesetzliche Vorgaben auf 3,5 % nach oben begrenzt. Können wir den Rechnungszins nicht nachhaltig erwirtschaften, müssen wir den Rechnungszins für das Neugeschäft und den Bestand reduzieren. Dies geschieht im Rahmen der nächsten möglichen Beitragsanpassung. Bis bei einer Beitragsanpassung die Bestandsprämien verändert werden können, belastet die Bildung der Deckungsrückstellung mit dem noch gültigen Rechnungszins die Ertragslage. Bei Neugeschäftsprämien können wir unabhängig von den Rechnungszinsen im Bestand einen geänderten Rechnungszins verwenden.

Die dauerhafte Erfüllbarkeit des verwendeten Rechnungszinses überwachen wir im Rahmen des Asset Liability Management. Darüber hinaus erfolgt eine jährliche Überprüfung des Rechnungszinses. Wir führen sie auf Basis der von der DAV erarbeiteten Richtlinie „Der aktuarielle Unternehmenszins in der privaten Krankenversicherung“ vom 9. Oktober 2019 durch. Durch die Anpassung des Rechnungszinses im Rahmen einer Beitragsanpassung gemäß den oben erwähnten Vorgaben reduzieren wir den Einfluss des Zinsänderungsrisikos.

Der Rechnungszins einzelner Tarife variiert. Im Jahr 2022 betrug der durchschnittliche unternehmensindividuelle Rechnungszins bei der DKV 2,61 %.

Tarife ohne eine dauerhafte Anpassungsmöglichkeit sind nicht materiell und tragen daher auch nicht zum Zinsänderungsrisiko bei.

Risiken aus Kapitalanlagen

Wir investieren in die folgenden Anlageklassen: Aktien, Beteiligungen, Immobilien und Zinsträger. Dabei berücksichtigen wir die Kriterien Rendite, Sicherheit und Bonität. Aber auch die Aspekte Liquidität, Diversifikation sowie vor allem die Struktur der versicherungstechnischen Verpflichtungen sind für uns maßgebliche Steuerungsgrößen.

Bei den Kapitalanlagerisiken handelt es sich um Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken.

Marktrisiko

Das Marktrisiko drückt das Risiko von Verlusten oder negativen Einflüssen aus Kapitalmarktentwicklungen auf die finanzielle Situation eines Unternehmens aus. Es resultiert aus Preisänderungen und Schwankungen an den Kapitalmärkten. Marktrisiken stellen gemäß den Solvenzkapitalanforderungen die größten Kapitalanlagerisiken dar. Im Wesentlichen besteht das Marktrisiko aus dem Zinsänderungsrisiko, dem Kursrisiko bei Aktien, dem Wertänderungsrisiko bei Immobilien und dem Wechselkursrisiko. Innerhalb des Zinsänderungsrisikos unterscheiden wir das Risiko durch Veränderungen der (Basis-)Zinskurven (z.B. Swap Rates, Volatilitäten) und das Credit-Spread-Risiko. Ein möglicher Rückgang der Marktwerte kann je nach Anlageklasse unterschiedliche Ursachen haben.

Der historisch außergewöhnlich starke Zinsanstieg verbessert die Risikotragfähigkeit der Gesellschaft.

Der größte Teil unserer Kapitalanlagen entfällt mit 79,1 (80,4) % auf Zinsträger (inkl. Depotforderungen). Hier von sind 46,0 % in Staatsanleihen und 25,1 % in Pfandbriefen investiert. Das Zinsniveau und die emittentenspezifischen Renditezuschläge haben somit einen erheblichen Einfluss auf den Wert der Kapitalanlagen. Der Aktienanteil¹ beläuft sich auf 8,8 (11,1) %. Die durchgerechnete Aktienquote² beträgt 0,1 (9,6) %. In Beteiligungen haben wir 5,8 (3,7) % und in Immobilien 6,2 (4,7) % investiert.

Die Marktrisiken steuern wir durch eine zielgerichtete Abstimmung der zukünftigen Zahlungsströme aus Vermögensanlagen, Prämien und Verpflichtungen (Asset

Liability Management). Zudem setzen wir geeignete Limit- und Frühwarnsysteme ein. Das Ziel ist die langfristige Sicherung des Kapitalanlageergebnisses. Dafür passen wir unser Asset Liability Management an sich verändernde Rahmenbedingungen an.

Mithilfe derivativer Finanzinstrumente begrenzen wir Marktrisiken an den Kapitalmärkten.

Bei der Ermittlung der Werte von Immobilien sind nicht in jedem Fall ständig verfügbare Marktwerte vorhanden. Daher sind Gutachten oder allgemein anerkannte Bewertungsverfahren erforderlich. Wir nehmen Wertanpassungen im Anlagevermögen vor, soweit wir Wertminderungen als dauerhaft annehmen oder Gründe für vorherige Wertminderungen entfallen.

Wechselkursrisiken gehen wir nur beschränkt und hauptsächlich in Spezialfonds ein. Diese überwachen wir laufend.

Aufgrund der Kapitalausstattung und der Werthaltigkeit unserer Kapitalanlagen sehen wir für die Erfüllung unserer Verpflichtungen gegenüber unseren Versicherungsnehmern keine Gefährdungen.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko beschreibt mögliche Verluste durch den vollständigen oder teilweisen Ausfall eines Kontrahenten. Es umfasst auch potenzielle Verluste aufgrund der Veränderung der Kreditwürdigkeit einer Gegenpartei. Ein Rating unterhalb des Investment Grades, also unterhalb von „BBB“ gemäß Standard & Poor's, ist ein Indiz für eine schlechte Bonität bzw. für eine erhöhte Ausfallwahrscheinlichkeit eines Kontrahenten.

Das Kreditrisiko unserer Gesellschaft resultiert im Wesentlichen aus der Kapitalanlagestrategie. Darüber hinaus ist das Kreditrisiko von den volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen abhängig. Wir haben Maßnahmen implementiert, um Emittenten mit erhöhtem Ausfallrisiko rechtzeitig zu erkennen. Zudem überwachen wir Konzentrationen in Abhängigkeit von Kontrahentenart und Rating. Auffallende Konzentrationen greifen wir zur näheren Untersuchung auf und leiten Handlungsempfehlungen ab.

Das Ziel unserer Risikominderungstechniken ist die Begrenzung von potenziellen Verlusten durch Ausfälle oder Ratingveränderungen unserer Gegenparteien. Das konzernweit gültige Kontrahentenlimitsystem deckt die Überwachung des Ausfall- und Emittentenrisikos

¹ Entspricht dem als Aktien definierten Investmentanteil an Aktienfonds sowie den direkt gehaltenen Aktien ohne Absicherung.

² Entspricht – unabhängig vom Investmentanteil – allen Aktien nach Absicherung, ob direkt oder in Fonds gehalten (ökonomische Sicht).

ab. Das aus derivativen Produkten resultierende Kontrahentenrisiko ist auf mehrere Emittenten verteilt, die beim Rating eine Mindestanforderung von Investment Grade erfüllen. Die Limits orientieren sich an der finanziellen Lage des Kontrahenten sowie an der vom Vorstand definierten Risikotoleranz.

Bei unseren Festzinsanlagen steuern wir das damit verbundene Kreditrisiko, indem wir Emittenten unter Berücksichtigung gesellschaftsspezifischer Risiko-Rendite-Aspekte auswählen und gruppenweit gültige Kontrahentenlimits beachten. Wir nutzen externe Emittentenratings sowie eigene Kreditrisikobeurteilungen. Dabei haben wir sehr hohe Ansprüche an die Ratingqualität der Emittenten. Der Großteil unserer Kapitalanlagen besteht aus Titeln von Emittenten mit guter bis sehr guter Bonität, worunter wir ein Rating von mindestens „A“ gemäß Standard & Poor's verstehen. Bei den Zinsträgern entfielen zum Ende des Geschäftsjahres 76,0 (78,4) % der Anlagen auf die Ratingkategorien „A“ oder besser.

Die Exponierung im Finanzsektor betrug nach Marktwerten zum Ende des Geschäftsjahres insgesamt 11,6 Mrd. €. Davon sind 8,9 Mrd. € (77,1 %) besichert.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko, dass ein Unternehmen nicht in der Lage ist, seinen finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen. Gründe hierfür können mangelnde Fungibilität der vorhandenen Aktiva oder nicht ausreichende Liquidität sein. Es kann insbesondere in Wechselwirkungen mit versicherungstechnischen Risiken entstehen (vor allem durch hohe Schadenzahlungen) und wird durch das Liquiditätsrisikomanagement gesteuert. Die in der Risikostrategie verankerte Liquiditätsüberwachung stellt für unsere Gesellschaft sicher, dass ausreichend Liquidität vorgehalten wird. Auf Ebene der ERGO Group ist ein Prozess definiert, der ein strukturiertes Vorgehen im Falle von Liquiditätskrisen bzw. Liquiditätsengpässen vorgibt. Risikokonzentrationen hinsichtlich Liquidität liegen, vor allem aufgrund des hohen Bestandes an liquiden Kapitalanlagen, nicht vor.

Risikominderungstechniken für das Liquiditätsrisiko verfolgen das Ziel, die Eintrittswahrscheinlichkeit sowie das Ausmaß der Verluste unserer Gesellschaft zu reduzieren. Im Berichtszeitraum hat unsere Gesellschaft eine Liquiditätsplanung zur Bestimmung bekannter und zukünftiger Zahlungsverpflichtungen durchgeführt. Diese überwachen wir und passen sie bedarfsgerecht an, um die Risikoexponierung zu begrenzen. Wir überwachen das Liquiditätsrisiko über die in der Liqui-

dity Risk Policy verankerten Liquiditätskriterien. Die Erfüllung der Kriterien gewährleistet eine geordnete Steuerung des Liquiditätsrisikos und stellt eine ausreichende Liquiditätsausstattung unserer Gesellschaft sicher.

Durch das Asset Liability Management wird die Volatilität durch eine Abstimmung der zukünftigen Zahlungsströme aus Vermögensanlagen, Prämien und Verpflichtungen aktiv gemanagt. Darüber hinaus halten wir eine Liquiditätsreserve vor. Sie schützt uns vor unerwarteten Liquiditätsengpässen, z.B. bei einem plötzlichen Stornoanstieg. Die Liquiditätsrisiken sind in unser Limit- und Trigger-System integriert.

Wesentliche Sicherungsgeschäfte

Mithilfe derivativer Finanzinstrumente sichern wir bei der DKV Marktrisiken im Kapitalanlagebereich ab.

Es bestehen variabel verzinsliche Wertpapiere, die über Zins-Swaps abgesichert sind. Bei den meisten Zinsbeziehungsweise Zinswährungs-Swaps werden variable in feste Zinssätze getauscht. Den überwiegenden Anteil der Fremdwährungen in Kapitalanlagen sichern wir mithilfe von Derivaten gegen Wechselkursrisiken ab. Das derzeit bestehende Aktienexposure schützen wir ebenfalls mittels derivativer Instrumente gegen Kursrückgänge.

Die verwendeten derivativen Finanzinstrumente überwachen wir im Rahmen unserer Trigger-Systematik. In diesem Zusammenhang erfolgt eine Beurteilung der Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken. Zur weiteren Risikoreduktion treffen wir Collateral-Management-Vereinbarungen mit den jeweiligen Kontrahenten, um die Forderungen aus Derivategeschäften zu besichern.

Die getroffenen Sicherungsgeschäfte erfüllen ihre Funktion. Aus den Sicherungsgeschäften selbst sehen wir zum aktuellen Zeitpunkt keine wesentlichen Risiken.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Unsere Forderungen gegenüber Rückversicherern, Vermittlern und Kunden unterliegen grundsätzlich einem Ausfallrisiko. Bei der Wahl unserer Rückversicherer begrenzen wir das Ausfallrisiko sowie Risiken von Zahlungsstromschwankungen durch bestimmte Auswahlkriterien, die in einer internen Richtlinie definiert sind.

Zum Bilanzstichtag betrugen die Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer und Versicherungsvermittler, deren Fälligkeitszeitpunkt mehr als 90 Tage zurücklag, unter Berücksichtigung von Wertberichtigungen 54 Mio. €. Dies betraf unter anderem Forderungen aus dem Notlagentarif. Aus möglichen Ausfällen dieser Forderungen resultieren keine wesentlichen bilanziellen Risiken. Die durchschnittliche Ausfallquote wird aus dem Verhältnis der Wertberichtigungen zu den gebuchten Bruttobeiträgen ermittelt und betrug 1,0 % für die vergangenen drei Jahre.

Unsere passive Rückversicherung platzieren wir überwiegend innerhalb des Konzernverbundes. Es bestanden – wie im Vorjahr – zum Bilanzstichtag keine Forderungen gegenüber Rückversicherern.

Operationelle Risiken

Unter operationellen Risiken verstehen wir die Gefahr von Verlusten aufgrund von unangemessenen Prozessen, Technologieversagen, menschlichen Fehlern oder externen Ereignissen. Operationellen Risiken begegnen wir mit einem systematischen, ursachenbezogenen Risikomanagement.

Aus dem Betrieb des Kernversicherungsgeschäfts können operationelle Risiken für die Gesellschaft entstehen, die in der Folge auch Rechtsrisiken nach sich ziehen können. Hierunter fallen insbesondere Risiken aus den vertragsrechtlichen Anforderungen an die Dokumentation, Information und Beratung von Kunden sowie die Gültigkeit von Vertragsklauseln.

Die operationellen Risiken, die mit unserer Geschäftstätigkeit unmittelbar verbunden sind, identifizieren, analysieren, bewerten und steuern wir im IKS. Die qualitative Bewertung erfolgt nach einem mehrstufigen Prinzip, bei dem zunächst die prozessinhärenten Risiken sowie die Angemessenheit und Wirksamkeit von Kontrollen bewertet werden und anschließend das verbleibende Residualrisiko eingeschätzt wird. Die Bewertung erfolgt durch die jeweiligen Prozessverantwortli-

chen und wird durch die unabhängige Risikomanagement-Funktion überwacht. Darüber hinaus überwachen wir die Verfügbarkeit von internen Ressourcen für Linien- und Projektthemen. Im Falle knapper Ressourcen können wir somit zeitnah Maßnahmen initiieren.

Wesentliche Risikotreiber operationeller Risiken sind insbesondere Fehler in den IT-Systemen und manuelle Bearbeitungsfehler in den Geschäftsprozessen des versicherungstechnischen Kerngeschäftes, den dazugehörigen Unterstützungsprozessen (beispielsweise Rechnungslegungs- oder Finanzplanungsprozessen) sowie übergreifenden Managementprozessen. Manuelle Bearbeitungsfehler können insbesondere aus der fehlerhaften Erfassung, Verarbeitung und Weitergabe von Daten in den IT-Systemen oder (elektronischen) Unterlagen entstehen.

Operationelle Fehler im Zusammenhang mit dem Design oder der Preisgestaltung bei Produktimplementierungen zählen ebenfalls zu den wesentlichen Treibern des operationellen Risikos.

Operationelle Risiken im Bereich des Datenschutzes und der IT- und Informationssicherheit sind weitere Risikotreiber der Gesellschaft. Im Kontext des Datenschutzes bestehen die wesentlichen Risiken aus der Weitergabe von vertraulichen und sensiblen Kundendaten und -informationen (z.B. allgemeine und sensible Vertragsdaten des Kunden) an unberechtigte Dritte. Im Kontext der IT- und Informationssicherheit sind vor allem Cyberrisiken zunehmende Treiber für das operationelle Risiko.

In den vergangenen Jahren konnten ein fortlaufender Anstieg von Cyberkriminalität und eine zunehmende Professionalisierung der Angreifer festgestellt werden. Cyberangriffe stellen somit insbesondere durch die steigende Digitalisierung des Geschäftsmodells eine ernstzunehmende Gefahrenquelle für ERGO dar. Weitere Gefahrenquellen können durch Sicherheitslücken in Programmen entstehen. ERGO ist auf solche Situationen vorbereitet. Es gibt definierte und geübte Prozesse zur Analyse der jeweiligen Schwachstelle und ihrer möglichen Auswirkungen auf das Unternehmen sowie zur Einleitung adäquater Gegenmaßnahmen.

Schwächen im Kontrollumfeld sowie in den zentralen IT-Systemen können Auswirkungen auf den operativen Versicherungsbetrieb haben und besitzen damit grundsätzlich kumulative Auswirkungen. Diesen Risiken begegnen wir durch geeignete Schutzvorkehrungen. Unser Ziel ist stets, die Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit von Informationen sicherzustellen.

Die Erfüllung der regulatorischen „Versicherungsaufsichtlichen Anforderungen an die IT“ (VAIT) hat für uns die höchste Priorität, die wir mit großem Aufwand und in kurzer Zeit in den inländischen Gesellschaften – gesteuert durch das Information-Security-Programm – umsetzen. Die identifizierten Verbesserungspotenziale und Handlungsbedarfe werden im Rahmen eines gruppenweiten Programms übergreifend koordiniert und gesteuert.

Die Vertrags-, Leistungs- sowie Auszahlungssysteme für die Gesellschaft überschreiten die Schwellenwerte gemäß der „Verordnung zur Bestimmung Kritischer Infrastrukturen nach dem BSI-Gesetz“ (BSI-KritisV) des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). Aufgrund der bestehenden Unternehmensverträge ist die ERGO Group AG als Betreiber der kritischen Infrastruktur im Sinne des BSI-Gesetzes anzusehen. Als solcher weist die ERGO Group AG dem BSI alle zwei Jahre nach, dass ihre Vorkehrungen zur Informationssicherheit den branchenspezifischen Anforderungen gerecht werden.

Wir sehen es als wichtig an, die Mitarbeiter für mögliche Gefahren zu sensibilisieren und die bestehende Risikokultur weiter zu optimieren.

Unsere Business Continuity Management (BCM) Policy und Crisis and Emergency Management Policy definieren die Rahmenvorgaben für ein einheitliches Vorgehen im Hinblick auf das BCM und das Krisen- und Notfallmanagement. Ziele sind die Sicherstellung der Betriebskontinuität zeitkritischer Prozesse und der Schutz unserer Beschäftigten sowie unserer Infrastruktur und Assets in Notfällen und Krisen. Unsere Rahmenvorgaben erhöhen die Widerstandsfähigkeit der Funktionen, Prozesse und Standorte durch vordefinierte Prozesse und ermöglichen einen adäquaten Wiederanlaufprozess.

Das Business-Continuity-Management-System (BCMS) umfasst bereits für viele zeitkritische Prozesse Pläne zum Wiederanlauf und zur Fortführung des Geschäftsbetriebes (Business-Recovery-Pläne), die auf qualifizierten Business-Impact-Analysen basieren, und ergänzende Pläne (Resource-Recovery-Pläne) zur Wiederherstellung wesentlicher Nicht-IT-Ressourcen sowie Pläne zur Wiederherstellung des IT-Betriebes (Disaster-Recovery-Pläne). Eine Notfallorganisation sowie entsprechende Notfallpläne sind an allen relevanten Unternehmensstandorten eingeführt. Die Funktionsfähigkeit wird im Rahmen von Übungen und Tests überprüft.

Die quantitative Bewertung der wesentlichen operationellen Risiken erfolgt über einen szenariobasierten Ansatz. Die Ermittlung des Risikokapitals im internen Modell erfolgt auf Basis von strukturierten Experteneinschätzungen.

Reputationsrisiken

Unter Reputationsrisiken verstehen wir die Gefahr einer möglichen Beschädigung des Rufes der Gesellschaft infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit (z.B. bei Kunden, Geschäftspartnern oder Behörden).

Die Mindestanforderungen an den Umgang mit Reputationsrisiken haben wir in eine Richtlinie integriert. Dabei bildet die Richtlinie die Grundlage für ein einheitliches und strukturiertes Vorgehen beim Umgang mit Reputationsrisiken. Das Reputationsrisiko der DKV ist unter anderem geprägt durch die mediale Wahrnehmung der Krankenversicherung insgesamt. In den letzten Jahren ist eine zum Teil negative Berichterstattung über private Krankenversicherungen zu beobachten. Insbesondere werden aktuell die Klagen und Urteile gegen einzelne Krankenversicherer hinsichtlich der Wirksamkeit von Beitragsanpassungen aufgegriffen. Zudem führt unser exponiertes Unternehmensleitbild bei den Stakeholdern (insbesondere den Kunden) zu einer besonders hohen Erwartungshaltung an Professionalität und Qualität. Hier können operationelle Risiken in den Prozessen der Gesellschaft zu einem Anstieg des Reputationsrisikos führen.

Darüber hinaus können auch Reputationsrisiken der ERGO Group AG bzw. anderer ERGO Gesellschaften auf die Reputation der DKV ausstrahlen. Die Auswirkungen reichen von reduzierten Chancen (Neugeschäft, Vertriebspartner etc.) bis hin zu administrativem Zusatzaufwand (z.B. Aufbereitung von Anfragen der Presse, Aufsicht, Ratingagenturen und Investoren).

Zur Identifikation, Bewertung und Minimierung von Reputationsrisiken haben wir einen Steuerungs- und Kontrollprozess eingerichtet. Darüber hinaus gibt es bei der ERGO Group AG ein „Reputation and Integrity Committee“ (RIC). Auftrag des RIC ist, gemeldete (geschäftliche) Sachverhalte jedweder Fachbereiche der ERGO und ihrer Tochtergesellschaften, die potenzielle Reputationsrisiken darstellen, einer objektiven und einheitlichen Bewertung zuzuführen. Dies kann auf Veranlassung des Vorstandes oder anderer Fachbereiche (nach Vorevaluation durch die zuständigen Bereiche für Compliance, Integriertes Risikomanagement oder Nachhaltigkeit) geschehen.

Strategische Risiken

Wir bezeichnen strategische Risiken als Risiken aus falschen Geschäftsentscheidungen bzw. der schlechten Umsetzung von bereits getroffenen Entscheidungen. Wir bilden auch die mangelnde Anpassungsfähigkeit an die Veränderungen in der Umwelt des Unternehmens in den strategischen Risiken ab. Strategische Risiken gibt es in Bezug auf die vorhandenen und neuen Erfolgspotenziale. Diese Risiken treten oft mit zeitlichem Vorlauf auf. Sie treten aber auch im Zusammenhang mit anderen Risiken auf.

Die DKV ist vielfältigen strategischen Risiken ausgesetzt. So können sich beispielsweise aus einem veränderten Kaufverhalten („Internet“) und durch die demografische Entwicklung Risiken ergeben. Weitere Risiken können sich durch Veränderungen bei den Wettbewerbern ergeben. Hierzu gehört insbesondere auch der Eintritt neuer Marktteilnehmer („InsurTechs“). Darüber hinaus ist die DKV dem branchenübergreifenden Risiko des Fachkräftemangels ausgesetzt. Grund hierfür ist auch der demografische Wandel. Diese Risiken können sich negativ auf die Erreichung der Neugeschäftsziele auswirken.

Weiterhin ergeben sich strategische Risiken aus möglichen politischen Maßnahmen zulasten der privaten Krankenversicherung. Hier sind insbesondere die Diskussionen zur Einführung einer „Bürgerversicherung“ beziehungsweise verwandter Teilformen inklusive Ausweitung der Portabilität in der Krankenversicherung zu nennen. Diese Risiken beziehen sich insbesondere auf aktuelle und zukünftige Erfolgspotenziale (Risiko des „künftig entgangenen Gewinns“) und stehen in Wechselwirkung zu anderen Risikokategorien. Strategische Risiken entwickeln sich meist über einen längeren Zeitraum (z.B. aufgrund von Wettbewerbsthemen), können sich aber auch plötzlich realisieren (z.B. Rechtsrisiken). Sie haben bei Realisation eine tendenziell mehrjährige Auswirkung auf das Unternehmen und sind (dann) in Teilen in der Planung zu berücksichtigen.

Wir begegnen den strategischen Risiken, indem wir strategische Entscheidungsprozesse und Risikomanagement miteinander verzahnen. Dies umfasst kulturelle wie organisatorische Aspekte. Zudem greift das ERGO Strategieprogramm die strategischen Risiken auf und trägt somit zur Minimierung ebendieser bei. Das Anfang 2021 als Teil der „Munich Re Ambition 2025“ erfolgreich gestartete neue ERGO Strategieprogramm befindet sich im zweiten Jahr seiner Umsetzung. Der strategische Fokus liegt auf profitabilem Wachstum. Dazu möchte die ERGO Group u.a. ihre

Marktposition und Profitabilität in Deutschland verbessern und im internationalen Geschäft sowie im Bereich B2B2C und bei Direktangeboten wachsen. Auch die fortgesetzte Modernisierung der IT-Infrastruktur steht weiterhin im Fokus.

Entlang allen Reporting-Perspektiven verläuft die Umsetzung der Strategiemaßnahmen insgesamt überwiegend planmäßig. Dabei begegnen wir vereinzelt Herausforderungen in der IT-Umsetzung mit hoher Managementaufmerksamkeit.

Sonstige Risiken

Einzelne Gerichtsurteile können rechtliche Folgen für unsere Gesellschaft haben. Außerdem können sie sich auf unsere Reputation auswirken. Bei laufenden Prozessen beurteilen und bewerten wir mögliche daraus resultierende Verpflichtungen zeitnah. Werden dabei potenzielle monetäre Aufwendungen identifiziert, berücksichtigen wir diese umgehend durch die Bildung von Rückstellungen.

Mit der Entscheidung des Bundesgerichtshofs (BGH) vom 16. Dezember 2020 sind die Anforderungen an die Begründung von Beitragsanpassungen in der PKV konkretisiert worden. Gefordert wird die tarifbezogene Nennung der für die Anpassung maßgeblichen Rechnungsgrundlagen (Versicherungsleistungen und/oder Sterbewahrscheinlichkeit). Gleichzeitig stellte der BGH klar, dass eine formell und materiell wirksame Beitragsanpassung die Prämienverbindlichkeit in der dann festgesetzten neuen Gesamthöhe entstehen lässt. In weiteren Verfahren im Jahr 2021 hat der BGH diese Position bestätigt und zudem die Frage der Verjährung geklärt. Im Hinblick auf die Verjährung von bereicherungsrechtlichen Rückforderungsansprüchen aufgrund formell unwirksamer Beitragsanpassungen geht der BGH von einer dreijährigen Regelverjährung aus. Am 22. Juni 2022 hat der BGH entschieden, dass die dreijährige Regelverjährung auch bei etwaiger materieller Unwirksamkeit von Beitragsanpassungen gilt.

Darüber hinaus wurde am 22. Juni 2022 in einem weiteren Verfahren durch den BGH ein weiteres Grundsatzurteil zur Wirksamkeit der sogenannten „Kann-Klausel“ gesprochen. Demnach sind zwar Teile der BAP-Klausel (§8 b (2) MB/KK) unwirksam, die BAP-Klausel im Übrigen und damit insbesondere die „Kann-Klausel im engeren Sinne“ sind jedoch wirksam. Diese stellen eine ausreichende Rechtsgrundlage dar, um Beitragsanpassungen durchzuführen, bei denen der Vergleich der Rechnungsgrundlage „Versicherungsleis-

tungen“ eine Abweichung über dem tariflich festgelegten Prozentsatz von 5 % ergeben hat, der gesetzliche Schwellenwert von 10 % aber nicht überschritten wird.

Mit seinem Urteil vom 21. September 2022 hat der BGH entschieden, dass das Versicherungsunternehmen dem Bereicherungsanspruch des Versicherungsnehmers bei formell unwirksamer Beitragsanpassung keinen Einwand der Entreicherung (z.B. für aus dem Mehrbeitrag gebildete tarifliche Alterungsrückstellungen) entgegenhalten kann.

Aufgrund der fortdauernden Rechtsstreitigkeiten ist zu erwarten, dass der BGH auch weitere offene Rechtsfragen im Zusammenhang mit Beitragsanpassungen klären wird.

Die bestehende Unsicherheit für die DKV aus bisherigen Entscheidungen und möglichen zukünftigen Verfahren haben wir bilanziell berücksichtigt.

Risikokategorieübergreifende Risiken

Bestimmte Risiken oder Ereignisse können auf mehrere Risikokategorien gleichzeitig ausstrahlen und eine übergreifende Auswirkung haben. Im Folgenden behandeln wir Nachhaltigkeitsrisiken, den Krieg Russlands mit der Ukraine einschließlich der damit einhergehenden Folgen (Gas-Stopp bzw. Energiekrise und Inflation) sowie die Corona-Situation.

Nachhaltigkeitsrisiken können für die Gesellschaft relevant sein. Unter Nachhaltigkeitsrisiken verstehen wir alle Ereignisse oder Bedingungen aus den Bereichen Umwelt, Soziales oder Unternehmensführung, deren Eintreten tatsächlich oder potenziell erhebliche negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie auf die Reputation der Gesellschaft haben können. Diese Definition schließt klimabezogene Risiken in Form von physischen Risiken und Transitionsrisiken sowie die Interdependenzen zwischen beiden Risiken mit ein. Physische Risiken ergeben sich sowohl im Hinblick auf einzelne Extremwetterereignisse und deren Folgen als auch in Bezug auf langfristige Veränderungen klimatischer und ökologischer Bedingungen. Physische Risiken können auch indirekte Folgen haben. Transitionsrisiken bestehen im Zusammenhang mit der Umstellung auf eine kohlenstoffarme Wirtschaft.

Wir betrachten Nachhaltigkeitsrisiken nicht als separate Risikokategorie, weil sie auf alle bekannten Risikoarten einwirken, und adressieren diese innerhalb der bestehenden Risikokategorien. Wir berücksichtigen

Nachhaltigkeitsaspekte nicht nur in unserem Risikomanagement-Kreislauf, sondern auch in unserem Geschäftsbetrieb, unserem versicherungstechnischen Kerngeschäft sowie unserem Anlageportfolio. So bestehen Ausschlusskriterien bei Investitionen in Aktien und Unternehmensanleihen. Zudem hat sich die Munich Re Gruppe im Rahmen der Investitionstätigkeit verpflichtet, das Anlageportfolio bis 2050 klimaneutral zu stellen.

Der anhaltende Krieg Russlands mit der Ukraine kann je nach Verlauf weiteren Einfluss auf die Risikosituation der Gesellschaft haben. Für unsere Gesellschaft könnten sich weitere mittelbare und unmittelbare Auswirkungen auf das Marktrisiko, das Kreditrisiko und weiter auf die operationellen Risiken ergeben. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich unser Bestand an Investments hinsichtlich russischer bzw. ukrainischer Emittenten reduziert, sodass sich bei Ausfall der Emittenten keine wesentlichen Auswirkungen ergeben würden. Dennoch könnte der Krieg zu einer längeren Phase der Unsicherheit und Volatilität an den Kapitalmärkten führen. Der weiterhin erwarteten volatilen Marktentwicklung trägt die Gesellschaft mit einer ausgewogen ausgerichteten Anlagestrategie Rechnung. Die Gesellschaft zeichnet kein versicherungstechnisches Geschäft in einem der beiden Länder. Die globalen ökonomischen Folgen des Krieges Russlands mit der Ukraine haben bislang keine wesentlichen Auswirkungen auf das Risikoprofil der Gesellschaft.

Bezogen auf unseren Geschäftsbetrieb könnten mögliche Einschränkungen in der Gas- oder Stromversorgung direkten Einfluss auf unsere operative Geschäftstätigkeit haben. Dem begegnen wir mit der Entwicklung entsprechender Business-Recovery-Pläne insbesondere für zeitkritische Geschäftsprozesse. Gegen mögliche kurzzeitige Spannungsabsenkungen sowie gegen einen lokalen und temporären Stromausfall sind unsere Rechenzentren und die sicherheitsrelevanten Infrastrukturbereiche (z.B. Gebäudeleittechnik) abgesichert.

Ein weiterer belastender Faktor ist die im Jahr 2022 stark angestiegene Inflation. Eine höhere Inflation kann zu Änderungen in der Risikoexponierung führen. Je nach weiterem Fortgang kann die höhere Inflation zu Verwerfungen auf den Kapitalmärkten führen, mit entsprechenden mittelbaren Auswirkungen auf die Gesellschaft. Auch könnten sich abhängig vom weiteren Verlauf ggf. Auswirkungen auf das Stornoverhalten der Kunden, die Leistungsausgaben sowie das Neugeschäft ergeben. Potenzielle Auswirkungen auf Neugeschäft und Storno könnten sichtbar werden, wenn die

Schere zwischen Preis- und damit Prämieninflation sowie Löhnen dauerhaft größer wird. Aktuell sind insgesamt keine signifikanten Auswirkungen auf die DKV zu erwarten. Darüber hinaus lässt sich aus der aktuellen Entwicklung der Stornokennzahlen keine Beeinträchtigung der Risikosituation der Gesellschaft feststellen. Diese Entwicklungen werden in den Fachabteilungen, begleitet durch das Risikomanagement, beobachtet und es werden ggf. geeignete Handlungsempfehlungen abgeleitet. Zudem haben wir durch eine Beitragsanpassung die Möglichkeit, die aktuelle Inflationsentwicklung mit einem Zeitverzug in Prämien umzusetzen.

Zudem erwarten wir für die Krankenversicherung keinen kurzfristig signifikanten Anstieg der Leistungsausgaben. Leistungen in der Krankenversicherung werden zu großen Teilen nach festen Preisen abgerechnet, die nicht kurzfristig geändert werden können. Häufig weisen Allgemeine Versicherungsbedingungen Obergrenzen für Leistungsbereiche auf.

Sollte sich die Corona-Situation wieder verschärfen, könnte es zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage kommen. Damit verbundene mögliche Effekte auf unser Kapitalanlageportfolio oder auf unsere Forderungen können wir nicht ausschließen. Mittelbar und unmittelbar könnten das operationelle Risiko, das Marktrisiko und das Kreditrisiko betroffen sein. Weiter können sich Auswirkungen auf die Versicherungstechnik ergeben. Wir sehen derzeit keine relevanten negativen Auswirkungen auf die Leistungsausgaben in der Kranken- und Pflegeergänzungsversicherung. Wir berücksichtigen die Auswirkungen der Corona-Situation auch weiterhin in unserem Risikomanagement-Kreislauf.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Die DKV verfügt über eine stabile Eigenmittelausstattung und über eine hohe Bonität des Kapitalanlageportfolios. Die Gesellschaft zeigt eine Überdeckung der aufsichtsrechtlich vorgeschriebenen Solvenzkapitalanforderungen. Die Nutzung von Übergangsmaßnahmen haben wir nicht beantragt. Zudem liegt die Bedeckung der versicherungstechnischen Verpflichtungen durch das Sicherungsvermögen nach Buchwerten über den aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Auf Marktwertbasis lag allerdings zum Bilanzstichtag eine Unterdeckung vor. Ursächlich hierfür waren die Kapitalmarktentwicklungen. Wir gehen gleichwohl davon aus, dass die Unterdeckung temporär ist. Die Erfüllbarkeit der Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern ist dennoch gewährleistet. Die weitere Entwicklung wird im Rahmen des Risikomanagement-Systems laufend eng begleitet. Falls erforderlich, werden geeignete Maßnahmen ergriffen.

Wir verfügen über ein Risikomanagement-System, welches in die Organisationsstruktur und die Entscheidungsprozesse des Unternehmens integriert ist. Das Risikomanagement-System ist so ausgestaltet, dass es sämtliche Risikokategorien des Versicherungsunternehmens umfasst. Durch die implementierten Strukturen und Prozesse erkennen wir Risikoentwicklungen frühzeitig und leiten diese der Risikosteuerung zu.

Zusammenfassend stellen wir fest, dass der Bestand der DKV und die Interessen der Versicherungsnehmer zu keinem Zeitpunkt gefährdet waren. Uns sind derzeit auf Basis der aktuellen Informationen keine Entwicklungen bekannt, die eine solche Bestandsgefährdung herbeiführen könnten. Deutlich erhöhte Unsicherheiten bestehen hinsichtlich der weiteren Entwicklung externer Faktoren und ihrer unmittelbaren und mittelbaren sowie potenziell kumulierten Auswirkungen auf die Risikosituation der Gesellschaft. Insbesondere von Bedeutung sind hier der Krieg Russlands mit der Ukraine, mögliche Einschränkungen in der Gas- und Stromversorgung sowie die Inflation. Daher werden die Entwicklungen überwacht und regelmäßig sowie ggf. auch ad hoc analysiert.

Darüber hinaus ist uns zum aktuellen Zeitpunkt keine Entwicklung bekannt, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft nachhaltig negativ beeinflussen könnte. Insgesamt betrachten wir die Risikosituation der DKV auf Basis der aktuellen Informationen als tragfähig und weitestgehend kontrolliert.

Lagebericht

Chancenbericht

Wir sind – gemessen an den Beitragseinnahmen – eine der führenden privaten Krankenversicherungen in Deutschland. Wir bieten ein umfassendes Spektrum an Versicherungen an. Hinzu kommen Service- und Versorgungsleistungen. Entsprechend vielfältig sind die Chancen und Risiken für unser Geschäft. Im Prognosebericht geben wir einen Überblick darüber, wie sich unser Geschäft unter den sich abzeichnenden Rahmenbedingungen voraussichtlich entwickeln wird. Dabei versuchen wir uns so weit wie möglich auf langfristig wirkende Trends einzustellen. Überraschende und unvorhergesehene Entwicklungen können wir jedoch niemals ganz ausschließen. Um uns vor Risiken zu schützen, haben wir ein Risikomanagement-System etabliert, welches in die Organisationsstruktur und die Entscheidungsprozesse des Unternehmens integriert ist. Im Kapitel Risikobericht beschreiben wir dies ausführlich.

Wirtschaftliche Entwicklung und technischer Fortschritt

Wenn sich die für uns wichtigen volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen besser entwickeln als angenommen, eröffnen sich uns erweiterte Geschäftsmöglichkeiten. Geopolitische Entspannung, niedrigere Inflation sowie eine sich verbessernde wirtschaftliche Situation in Deutschland und in der Eurozone würden die Nachfrage nach Versicherungsschutz erhöhen.

Wichtige Trends sind der technische Fortschritt, insbesondere das wichtige Thema Digitalisierung, der demografische Wandel, Klimaschutz und die Transformation des Energiesektors sowie Veränderungen des rechtlichen und regulatorischen Umfelds. Sie prägen den Versicherungsbedarf der Kunden und das Angebot.

Kundenorientierung und Versicherungsangebote

Aufgrund der Positionierung der DKV im Markt sowie ihrer finanziellen Ausstattung sind wir zuversichtlich, die sich bietenden Chancen im Wettbewerb erfolgreich nutzen zu können. Dies kommt auch unseren Kunden zugute. Sie profitieren von einer schnellen Anpassung von Produktlösungen an die Gegebenheiten neu entstehender oder sich verändernder Märkte und Regularien.

Unser Ziel ist, langfristig und profitabel zu wachsen. Deshalb konzentrieren wir uns in der Krankheitskostenvollversicherung weiter auf qualitativ hochwertige Produkte. Das Marktumfeld ist allerdings herausfordernd und das Neugeschäft weiterhin geringer als noch vor einigen Jahren. In der Ergänzungsversicherung sehen wir nach wie vor Wachstumspotenzial. Die Zahn-Zusatzversicherung ist weiterhin ein Wachstumsmarkt. Daran wollen wir entsprechend partizipieren. Als wichtigen Wachstumsmarkt sehen wir auch die betriebliche Kranken- und die betriebliche Pflegeversicherung an.

In der Vollversicherung sehen wir Chancen im stabilen Beihilfemarkt. Daher wollen wir im Jahr 2023 neue Beamtenanwärtertarife einführen. Darüber hinaus planen wir, veränderte gesundheitspolitische Rahmenbedingungen, beispielsweise digitale Gesundheitsanwendungen, aufzugreifen und die Produkte entsprechend anzupassen, um attraktiv für Neu- und Bestandskunden zu sein. Auch in der Krankheitskostenvollversicherung prüfen wir laufend, welche Verbesserungspotenziale bestehen.

In der Ergänzungsversicherung sehen wir neben der Ausrichtung auf Produkte zur Neukundengewinnung auch Chancen in der Bestandspflege. Wir wollen aktuellen Entwicklungen Rechnung tragen und noch besser auf den individuellen Kundenbedarf eingehen. Dabei sind ausgewählte Bestandskunden mit vorhandenen Zahnzusatztarifen im Fokus. Diesen Kunden werden Verbesserungen in unserer modernen KombiMed-Produktreihe in der gesamten Leistungsbandbreite angeboten. Darüber hinaus beobachten wir das dynamische Marktumfeld der Zahnzusatzversicherungen, um dort Impulse für Produktneuentwicklungen zu generieren.

In der betrieblichen Krankenversicherung (bKV) erwarten wir in den nächsten Jahren weiterhin ein großes Wachstumspotenzial. Die Arbeitgeber stehen vor den personalpolitischen Herausforderungen, Mitarbeiter zu gewinnen und ans Unternehmen zu binden. Auch wird die Förderung der Gesundheit der Mitarbeiter weiter im Fokus stehen. Produktseitig werden die sogenannten Budgettarife stark nachgefragt. Bei Budgettarifen wählt das Unternehmen für seine Belegschaft ein Gesundheitspaket in Kombination mit einer bestimmten Budgethöhe, die dem Mitarbeiter pro Jahr zur Verfügung steht. Die DKV plant die Einführung eines Budgettarifs für Ende 2023. Zusätzlich könnten sich aus der Neuaufstellung des Firmengeschäfts Chancen ergeben.

Wir nutzen die Potenziale der für uns tätigen Mitarbeiter und Vertriebspartner. Sie sichern unseren Erfolg mit ihrer Kompetenz und ihrem Engagement. Davon profitieren auch unsere Kunden. Ziel ist es, unser Qualitäts- und Leistungsniveau stetig auszubauen. Das eröffnet uns Chancen im Wettbewerb.

Den Trend der Digitalisierung haben wir – neben dem Ausbau unserer digitalen Services (z.B. Gesundheits- und Pflegewelt) – auch im Produktverkauf berücksichtigt und die Möglichkeiten für die Kunden sukzessive optimiert. Im Jahr 2023 wollen wir die Marktchancen in allen Vertriebs- und Abschlusswegen nutzen. Unsere Vertriebspartner vor Ort sowie unser Kundencenter können die Beratungs- und Verkaufsmöglichkeit über Telefon verstärkt nutzen. Unsere Kunden können, je nach individuellem Bedarf, die Beratung und den Verkauf von fast allen Produkten direkt beim Vertriebspartner, im Internet oder bei ausgewählten Produkten telefonisch durchführen. Die Stärkung des Verkaufs über unterschiedliche Vertriebs- und Abschlusswege wird daher auch im Jahr 2023 weiterhin im Fokus stehen und uns Chancen eröffnen.

Munich Re hat im Jahr 2021 für den Zeitraum bis 2025 ein neues Strategieprogramm aufgesetzt – Ambition 2025. Auch die DKV ist über die ERGO Group Teil dieses Programms.

Relevanz der Nachhaltigkeit

Die ERGO Group legt Wert auf Nachhaltigkeit und verfolgt klare Ziele zur Reduktion von Emissionen im eigenen Geschäftsbetrieb, aus dem Versicherungsgeschäft und in Kapitalanlagen. Die gruppenweite Umsetzung wird seit 2021 maßgeblich durch die Abteilung für Nachhaltigkeit zentral gesteuert. Nachhaltige Aspekte berücksichtigen wir auch bei der Entwicklung von Versicherungslösungen. Unseren operativen Geschäftsbetrieb haben wir klimaneutral gestellt und steuern mit einem umfassenden Umweltmanagement unseren Ressourcenverbrauch.

In der Kapitalanlage hat die Berücksichtigung von Nachhaltigkeit eine große Bedeutung, insbesondere die Auswirkungen des Klimawandels. Wir betrachten das Thema Nachhaltigkeit ganzheitlich und integrieren deshalb wesentliche ökologische, soziale und Governance-Aspekte (die sogenannten ESG-Aspekte) in unsere Anlageentscheidungen. Dies hilft uns dabei, über die klassische Finanzanalyse hinaus weitere Risiken und Chancen zu identifizieren. Wir sind überzeugt, dass dies zu langfristig verantwortlichen Investmententscheidungen führt. Unser Asset Manager MEAG verwendet jeweils mandatspezifisch festgelegte ESG-Kriterien bei neuen Investmententscheidungen. Für Investments in Aktien und Unternehmensanleihen werden MSCI ESG-Ratings genutzt, sofern diese vorhanden sind. Für Staatsanleihen werden ESG-Länderratings von MSCI verwandt, wenn diese verfügbar sind.

Lagebericht

Prognosebericht

Wir beurteilen und erläutern die voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft nach bestem Wissen. Hierzu gehören die wesentlichen Chancen und Risiken. Die heute zur Verfügung stehenden Erkenntnisse über Branchenaussichten berücksichtigen wir. Gleiches gilt auch für die zukünftigen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen. Um die Entwicklung zu treffend einschätzen zu können, analysieren wir deren Trends. Dabei nehmen wir auch ihre wesentlichen Einflussfaktoren in den Blick. Eine deutlich erhöhte Prognoseunsicherheit ergibt sich aus dem Krieg Russlands mit der Ukraine sowie den damit verbundenen Auswirkungen vor allem auf die Energiepreise, Inflation, Kapitalmärkte und Gesamtwirtschaft. Aufgrund der ungewissen weiteren Entwicklung dieser Krise ist eine vollständige Abschätzung der Auswirkungen auf Basis der aktuellen Informationen nicht möglich. Zudem wirkt sich auch die Corona-Situation weiterhin auf das wirtschaftliche Umfeld aus, wenn auch in geringerem Umfang als in den Vorjahren. Die genannten Grundlagen können sich in der Zukunft unerwartet verändern. Insgesamt können daher die tatsächliche Entwicklung der Gesellschaft und deren Ergebnisse wesentlich von den Prognosen abweichen.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung und Kapitalmarktentwicklung

Die Weltwirtschaft dürfte 2023 nur schwach wachsen. Wir erwarten für viele Industrieländer eine Stagnation oder einen Rückgang der Aktivität. Hohe Energiekosten, geldpolitische Straffung und geopolitische Unsicherheit dürften dazu beitragen, dass die deutsche Volkswirtschaft in eine Rezession gerät. Wir gehen davon aus, dass die jahresdurchschnittliche Inflationsrate in Deutschland 2023 im langjährigen Vergleich immer noch sehr hoch, aber etwas niedriger als 2022 sein wird. Es ist zwar unwahrscheinlich, dass sich der außerordentliche Anstieg der Energiepreise auf den Rohstoffmärkten im Jahresvergleich wiederholt, aber die Überwälzung der stark gestiegenen Energiekosten wird die Verbraucherpreise für viele Produkte und Dienstleistungen voraussichtlich zunächst noch weiter anheben. Dagegen dürften die geplanten staatlichen Unterstützungsmaßnahmen zur Kappung der Gas- und Strompreise für Haushalte und Unternehmen den Preisdruck dämpfen.

Aufgrund der sehr hohen Inflationsraten werden die Zentralbanken ihre Geldpolitik vor allem in der ersten Jahreshälfte 2023 voraussichtlich weiter straffen. Sowohl die Fed als auch die EZB sollten die Leitzinsen weiter anheben, bis sie eine nachhaltige Wende in der Inflationsentwicklung sehen. Die EZB dürfte auch damit beginnen, ihre Bilanz zu verkürzen, indem auslaufende Anleihen nicht vollständig reinvestiert werden. Dabei wird sie vorsichtig agieren. Die Fed wird das Bilanzverkürzungstempo vermutlich zunächst weiter hochhalten und erst in der zweiten Jahreshälfte 2023 die Geschwindigkeit reduzieren, um Marktverwerfungen zu vermeiden. Die Bilanzverkürzung spricht isoliert betrachtet für steigende Renditen.

Das schwache Wachstumsumfeld und die gestiegenen Kosten dürften die Gewinnentwicklung der Unternehmen belasten. Andererseits sollten Aktien von einer sinkenden Inflationsperspektive profitieren. Das weist auf einen zu erwartenden breiten, volatilen Seitwärtstrend hin.

Die Entwicklung der globalen Wirtschaft und der Kapitalmärkte ist vielfältigen Risiken ausgesetzt. Der Krieg Russlands mit der Ukraine und der Konflikt um diesen Krieg könnten weiter eskalieren. Dies würde zu noch höheren Inflationsraten und schärferen wirtschaftlichen Einbrüchen führen. Auch andere geopolitische Risiken überschatten den Ausblick. Die globale geldpolitische Straffung könnte die Konjunktur stärker als erwartet beeinträchtigen, v.a. falls sich die hohe Inflation beispielsweise aufgrund höherer Lohnabschlüsse verfestigen sollte. Auch könnten länger anhaltende Lieferengpässe oder gar eine Rationierung z.B. im Energiebereich das Wachstum beeinträchtigen und die Inflation weiter anfachen. Schließlich stellen potenzielle Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie weiterhin ein Risiko dar.

Die private Krankenversicherung im Jahr 2023

Grundsätzlich ist die Prognose mit einer deutlich erhöhten Unsicherheit aufgrund der Folgen des Krieges in der Ukraine und der damit einhergehenden wirtschaftlichen Risiken behaftet. Der GDV erwartet für das Jahr 2023 ein Beitragswachstum von rund 3 % über alle Sparten. Für die PKV rechnet der GDV mit einem voraussichtlichen Wachstum von etwa 3,5 %¹. Damit setzt sich das Wachstum weiter fort.

Die Jahresarbeitsentgeltgrenze wurde zum 1. Januar 2023 von 64.350 auf 66.600 Euro pro Jahr angehoben. Sie wird grundsätzlich jährlich entlang der Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter dynamisiert. Arbeitnehmer können sich dann frei für eine Versicherung in der privaten Krankenversicherung entscheiden, wenn ihr Einkommen die Jahresarbeitsentgeltgrenze überschreitet.

Das am 20. Oktober 2022 verabschiedete Gesetz zur finanziellen Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-FinStG) reduziert die Ausgabendynamik im Arzneimittelbereich. Zu den verabschiedeten Maßnahmen zählen unter anderem eine auf das Jahr 2023 befristete Erhöhung des Herstellerabschlags, eine Verlängerung des Preismoratoriums und strukturelle Änderungen bei der Preisbildung von neuen Arzneimitteln.

Zum 1. Januar 2023 wurde in Baden-Württemberg als sechstem Bundesland eine pauschale Beihilfe eingeführt. Alle Beamtinnen und Beamten, die sich für die GKV entscheiden, erhalten einen Arbeitgeberzuschuss in Form einer pauschalen Beihilfe. Damit geben sie jedoch ihren Anspruch auf die individuelle Beihilfe unwiderruflich auf.

Entwicklung der Ertrags- und Finanzlage

Der Vorsorgebedarf ist in Deutschland weiterhin hoch, auch weil die Bevölkerung immer älter wird. Wir erwarten insbesondere aus der Zahn-Zusatzversicherung Wachstumsimpulse, aber auch aus der betrieblichen Kranken- und Pflegeversicherung.

Für das Jahr 2023 gehen wir von Beitragseinnahmen und Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb auf Vorjahresniveau aus. Bei den Aufwendungen für die Versicherungsfälle erwarten wir einen moderaten Anstieg. Angesichts der Entwicklungen an den Kapitalmärkten und der globalen Wirtschaft ist eine Prognose des Ergebnisses aus Kapitalanlagen für das Geschäftsjahr 2023 weiterhin schwierig. Der Krieg Russlands mit der Ukraine, die globale geldpolitische Straffung und weiterhin auch potenzielle Auswirkungen der Corona-Situation stellen hierbei große Herausforderungen dar. Nachdem das Jahr 2022 stark durch die beschriebenen Entwicklungen an den Kapitalmärkten geprägt war, rechnen wir für 2023 mit einer signifikanten Verbesserung des Kapitalanlageergebnisses. Aufgrund des damit einhergehenden sehr deutlichen Anstiegs des Rohergebnisses erwarten wir für das Jahr 2023 entsprechende Folgewirkungen auf das Gesamtergebnis und die Überschussverwendung zugunsten unserer Kunden.

Insgesamt gehen wir auch für das Jahr 2023 wieder von einer stabilen Finanzlage aus.

Köln, 27. Februar 2023

Der Vorstand

¹ Vgl. GDV: Jahresmedienkonferenz 2023 vom 26.01.2023, Statement GDV-Präsident: <https://www.gdv.de/>

Lagebericht

Betriebene Versicherungsarten

Originäres Geschäft

- Krankheitskostenvollversicherung
- Krankentagegeldversicherung
- Krankenhaustagegeldversicherung
- Krankheitskostenteilversicherung
- Pflegepflichtversicherung
- Ergänzende Pflege-Zusatzversicherung
- Geförderte ergänzende Pflegeversicherung

Besondere Versicherungsformen

- Restschuld-/Lohnfortzahlungsversicherung
- Spezielle Ausschnittsversicherung
- Auslandsreisekrankenversicherung

Jahresabschluss

Jahresabschluss

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2022

Aktivseite

	€	€	€	€	Vorjahr €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				9.110.899	9.515.601
B. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			529.031.573		539.710.472
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		1.570.027.634			1.113.236.659
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen		460.971.958			461.160.200
3. Beteiligungen		202.551.758			162.662.338
			2.233.551.350		1.737.059.197
III. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		16.954.716.813			17.157.826.331
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		10.057.687.815			9.752.470.404
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen		1.785.873.971			1.416.077.364
4. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	10.632.464.670				10.728.270.473
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	4.312.882.849				4.883.778.911
		14.945.347.519			15.612.049.383
5. Andere Kapitalanlagen		616.482.796			343.082.796
davon verbundene Unternehmen	604.215.661 (330.815.661) €				
			44.360.108.913		44.281.506.279
IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft			867.440		772.559
				47.123.559.276	46.559.048.507
C. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:					
1. Versicherungsnehmer			49.447.723		45.722.763
davon: Forderungen an verbundene Unternehmen:	158.000 (146.088) €				
2. Versicherungsvermittler			-		979
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft			157.719		155.938
davon: Forderungen an verbundene Unternehmen:	36.263 (34.832) €				
III. Sonstige Forderungen			147.034.639		150.525.103
davon: Forderungen an verbundene Unternehmen:	112.408.821 (130.604.437) €				
				196.640.081	196.404.782
D. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen und Vorräte			5.099.674		6.042.574
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			25.933.204		41.192.045
III. Andere Vermögensgegenstände			60.818		122.961
				31.093.696	47.357.579
E. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			327.373.373		366.416.218
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			180.872.015		56.079.315
				508.245.388	422.495.533
Summe der Aktiva				47.868.649.339	47.234.822.002

Passivseite

	€	€	€	Vorjahr €
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital		92.505.010		92.505.010
II. Kapitalrücklage		376.364.476		376.364.476
III. Gewinnrücklagen				
Gesetzliche Rücklage		664.679		664.679
			469.534.166	469.534.166
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
Bruttobetrag		5.365.878		4.909.335
II. Deckungsrückstellung				
Bruttobetrag		44.462.717.653		43.455.232.812
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
Bruttobetrag		1.026.635.331		920.222.368
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitrags- ruckerstattung				
1. Erfolgsabhängige				
Bruttobetrag	1.433.559.547			1.731.471.601
2. Erfolgsunabhängige				
Bruttobetrag	48.754.367			58.679.898
		1.482.313.914		1.790.151.499
V. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
Bruttobetrag		31.268.684		56.181.123
			47.008.301.459	46.226.697.138
C. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		42.471.071		44.576.058
II. Steuerrückstellungen		51.643		51.643
III. Sonstige Rückstellungen		28.337.029		31.363.181
			70.859.743	75.990.881
D. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsge- schäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern	71.187.850			67.156.573
2. Versicherungsvermittlern	10			10
		71.187.860		67.156.583
II. Sonstige Verbindlichkeiten		233.429.369		392.158.971
davon:				
aus Steuern:	113.029	(5.145.150) €		
gegenüber verbundenen Unternehmen:	179.028.054	(313.579.220) €		
			304.617.228	459.315.554
E. Rechnungsabgrenzungsposten			15.336.743	3.284.263
Summe der Passiva			47.868.649.339	47.234.822.002

Bestätigung des Verantwortlichen Aktuars

Die in der Bilanz zum 31. Dezember 2022 auszuweisende Deckungsrückstellung für das selbst abgeschlossene Geschäft ist gemäß § 156 Abs. 2 Nr. 1 VAG berechnet.

Köln, 11. Januar 2023

Norbert Mattar

Bestätigung des Treuhänders

Ich bestätige hiermit entsprechend § 128 Abs. 5 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Köln, 11. Januar 2023

Klaus-Jürgen Mohr

Jahresabschluss

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022

	€	€	€	Vorjahr €
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	5.143.951.765			5.071.379.716
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	26.667			80.000
		5.143.925.098		5.071.299.716
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge		-456.543		-274.452
			5.143.468.555	5.071.025.264
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			264.037.583	312.034.936
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		17.203.429		15.814.228
davon: aus verbundenen Unternehmen:	10.726.186 (11.901.886) €			
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
davon: aus verbundenen Unternehmen:	35.119.259 (31.754.142) €			
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	68.122.299			66.396.644
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	1.160.070.538			1.340.070.480
		1.228.192.837		1.406.467.123
c) Erträge aus Zuschreibungen		7.570.517		270.444.009
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		537.602.457		31.183.263
e) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen		106.300.771		130.155.894
			1.896.870.011	1.854.064.517
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			52.831.682	27.910.572
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
Bruttobetrag		4.153.957.598		4.096.423.761
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewinkelte Versicherungsfälle				
Bruttobetrag		106.412.963		-62.812.196
			4.260.370.560	4.033.611.565
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
Bruttobetrag		-1.007.484.841		-1.290.136.719
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		4.179		-32.560
			-1.007.480.662	-1.290.169.279
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung				
a) Erfolgsabhängige		99.482.847		764.966.343
b) Erfolgsunabhängige		20.753.992		39.762.683
			120.236.839	804.729.026

	€	€	€	Vorjahr €
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlussaufwendungen	291.317.158			258.609.639
b) Verwaltungsaufwendungen	141.246.451			134.153.420
		432.563.609		392.763.058
c) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		9.600		28.800
			432.554.009	392.734.258
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		75.173.439		72.835.273
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		993.629.422		184.819.359
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		158.414.494		23.773.615
			1.227.217.356	281.428.247
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			18.371.226	41.576.734
11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			290.977.179	420.786.179
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		18.144.494		40.959.081
2. Sonstige Aufwendungen		80.341.637		132.028.143
			-62.197.143	-91.069.061
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			228.780.037	329.717.118
4. Außerordentliche Aufwendungen		4.255.728		3.147.833
5. Außerordentliches Ergebnis			-4.255.728	-3.147.833
6. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		148.441.628		128.040.847
davon: Organschaftsumlage:	134.524.890	(113.916.315) €		
7. Sonstige Steuern		2.782.681		1.528.438
			151.224.309	129.569.285
8. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne			73.300.000	197.000.000
9. Jahresüberschuss			-	-

Jahresabschluss

Anhang

Allgemeines

Die Bilanz haben wir unter Berücksichtigung der vollständigen Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt (§ 268 Abs. 1 HGB).

Wir weisen jede Zahl und Summe jeweils kaufmännisch gerundet aus.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Die immateriellen Vermögensgegenstände bewerten wir mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten. Diese sind um planmäßige lineare Abschreibungen vermindert. Dabei legen wir die entsprechende voraussichtliche Nutzungsdauer zugrunde.

Kapitalanlagen

Wir haben die Grundstücke, grundstücksgleichen Rechte und Bauten zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten ausgewiesen, vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen. Wenn sich ein beizulegender niedrigerer Wertansatz ergeben hat, so haben wir diesen berücksichtigt. Zuschreibungen erfolgen gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen und die Beteiligungen haben wir mit den Anschaffungskosten bzw. mit den ihnen beizulegenden niedrigeren Wertansätzen bewertet. Abschreibungen haben wir gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB vorgenommen. Zuschreibungen erfolgen gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB.

Ausleihungen an verbundene Unternehmen, Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen, Zeropapiere, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie die übrigen Ausleihungen haben wir zu Anschaffungskosten bewertet. Differenzbeträge zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag haben wir jährlich unter Anwendung der kapitalmarktabhängigen Effektivzinsmethode amortisiert. Bei Endfälligkeit entsprechen die Bilanzwerte den Nennwerten.

Die Namensschuldverschreibungen sind dagegen mit dem Nennbetrag bewertet. Agio- und Disagioträge haben wir durch aktive und passive Rechnungsabgrenzung über die Laufzeit der Namensschuldverschreibungen verteilt. Abschreibungen nehmen wir gemäß § 341 b Abs. 1 i. V. m. § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB nach dem gemildertem Niederstwertprinzip vor.

Aktien, Anteile an Investmentvermögen, andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere haben wir zu Anschaffungskosten angesetzt. Sie sind mit einem niedrigeren Börsenkurs, Rücknahmepreis beziehungsweise dem beizulegenden Wert oder einem entsprechenden Renditekurs bewertet, soweit die wie Anlagevermögen gehaltenen Wertpapiere einer dauerhaften und die wie Umlaufvermögen geführten Wertpapiere auch einer vorübergehenden Wertminderung unterliegen. Für die Berechnung des beizulegenden Zeitwerts von Anteilen an Spezial-Investmentvermögen folgen wir dem fachlichen Hinweis des IDW Versicherungsfachausschusses zur handelsrechtlichen Bewertung von Kapitalanlagen bei Versicherungsunternehmen nach § 341b HGB (IDW RS VFA 2). Der beizulegende Wert eines Anteilsscheins an einem Spezialfonds ergibt sich danach aus der Summe der im Rahmen der Durchschau ermittelten beizulegenden Werte seiner Vermögensgegenstände und Schulden, geteilt durch die Anzahl der Anteilscheine. Bei Aktienbeständen gehen in die Ermittlung der beizulegenden Werte sowohl Ergebnisse von fundierten Analystenschätzungen als auch Marktwerte ein. Bei Rentenbeständen kommt als Vereinfachungsverfahren die Nominalwertmethode zum Einsatz, sofern die durchschnittlichen Anschaffungskosten der Schuldtitel im Fonds nicht über oder wesentlich unter den Nennwerten liegen. Ansonsten werden anstatt des Nominalwertes die fortgeführten Anschaffungskosten der Renten nach IAS/IFRS angesetzt. Liegt bei einem Rentenbestand eine dauerhafte Wertminderung aufgrund von Bonitätsproblemen des Emittenten vor, so wird der Marktwert als beizulegender Wert angesetzt. Wir haben von der Wahlmöglichkeit des § 341b Abs. 2 HGB Gebrauch gemacht, nach dem die zur dauernden Vermögensanlage bestimmten Wertpapiere nach den für Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet werden können. Zuschreibungen haben wir gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB höchstens bis zu den Anschaffungskosten oder dem beizulegenden Zeitwert vorgenommen.

Derivate haben wir grundsätzlich zu den Anschaffungskosten oder zu ihrem niedrigeren beizulegenden Zeitwert am Bilanzstichtag bewertet. Ein Verpflichtungsüberhang wird durch die Bildung einer Drohverlustrückstellung berücksichtigt.

Bei der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte haben wir die Marktwerte am Bilanzstichtag herangezogen. Sofern keine Börsenkurse vorliegen, ergibt sich der beizulegende Zeitwert nach marktkonformen Bewertungsmethoden.

Wir bilanzieren Swaps und Optionen zusammen mit den zugrunde liegenden Kapitalanlagen als Bewertungseinheit.

Die Bilanzierung der Bewertungseinheiten erfolgt nach der Einfrierungsmethode. Innerhalb der Bewertungseinheiten wird die Verrechnung zwischen dem Grundgeschäft und dem Sicherungsgeschäft durchgeführt und die Bilanzwerte werden belassen.

Die Einlagen bei Kreditinstituten sowie die Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft haben wir mit den Nennwerten angesetzt.

Die anderen Kapitalanlagen haben wir zu Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen gemäß § 341 b HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 3 HGB, nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Die Einlagen im Cash Pool haben wir zum Nennwert bilanziert.

Zeitwertermittlung

Die Zeitwertermittlung der Kapitalanlagen haben wir wie folgt vorgenommen:

- Grundstücke und Anteile an Grundstücksgesellschaften haben wir mit dem Ertragswert der Grundstücke nach der Immobilienwertermittlungsverordnung (ImmoWertV 2010) bewertet. Grundstücke, bei denen das Bauvorhaben noch nicht abgeschlossen ist, haben wir zu Herstellungs- oder Anschaffungskosten bewertet. Die Bewertung erfolgte für alle Grundstücke einzeln zum 31. Dezember 2022.
- Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen haben wir grundsätzlich nach einem Ertragswertverfahren/DCF-Verfahren oder mit dem anteiligen Eigenkapital bewertet. Das Ertragswertverfahren steht im Einklang mit dem IDW-Prüfungsstandard S1 unter Berücksichtigung des IDW-Rechnungslegungsstandards HFA 10. Beim Ansatz des anteiligen Eigenkapitals berücksichtigen wir teilweise Bewertungsreserven. In Einzelfällen verwenden wir den Börsenkurs.
- Aktien und Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere festverzinsliche sowie nicht festverzinsliche Wertpapiere haben wir mit dem Börsenkurs, dem Rücknahmepreis zum Jahresabschluss 2022 oder dem beizulegenden Zeitwert bewertet.
- Hypotheken, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie stille Beteiligungen und nicht börsenfähige Genussscheine haben wir auf der Grundlage adäquater Zinsstrukturkurven bewertet.
- Bei Rentenpapieren ohne Börsenmarktplatz zinsen wir die erwarteten Cashflows ab. Den Abzinsungssatz haben wir mittels Zinsstrukturkurve und risikoadäquater Zuschläge ermittelt. Ausgehend von der Euro-Swap-Kurve werden hierbei Spreads in Abhängigkeit von Emittent, Laufzeit und Rating zugeschlagen. Diese Spreads werden in Auskunftssystemen wie Bloomberg zur Verfügung gestellt und leiten sich aus beobachteten Transaktionen von Inhaberpapieren am Markt ab.
- Bei Rentenpapieren, die über einen Börsenplatz handelbar sind, haben wir die Marktpreise im Wesentlichen von einem Indexanbieter bezogen, der verschiedene Kursquellen zusammenfasst.
- Derivate haben wir mit dem Marktwert zum Bilanzstichtag bewertet.
- Den Bestand aus dem Cash Pooling weisen wir zum Nennwert aus.

Bei allen übrigen nicht einzeln erwähnten Kapitalanlagen entspricht der Zeitwert dem Buchwert.

Forderungen

Wir bilanzieren Forderungen grundsätzlich zum Nennwert, gegebenenfalls abzüglich geleisteter Tilgungen und unter Abzug von Einzelwertberichtigungen. Bei Forderungen an Versicherungsnehmer und an Mieter gibt es ein allgemeines Kreditrisiko. Hier nehmen wir pauschale Wertberichtigungen vor. Bei der Berechnung der Wertberichtigungen berücksichtigen wir im Notlagentarif versicherte Personen gesondert.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die unter den Sachanlagen und Vorräten ausgewiesenen Gegenstände bewerten wir mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten. Diese haben wir um Abschreibungen gemindert.

Wir haben geringwertige Vermögensgegenstände im Jahr des Zugangs vollständig abgeschrieben.

Übrige Aktiva

Die nicht einzeln erwähnten Forderungen und Vermögensgegenstände bewerten wir mit den Anschaffungskosten bzw. dem Nennwert, erforderlichenfalls gemindert um Wertberichtigungen.

Versicherungstechnische Rückstellungen

Beitragsüberträge: Die Ermittlung der Beitragsüberträge erfolgt zeitanteilig. Die nicht übertragungsfähigen Beitragsteile haben wir in Abzug gebracht.

Deckungsrückstellung: Die Deckungsrückstellung haben wir einzelvertraglich nach der prospektiven Methode ermittelt. Dabei haben wir insbesondere die technischen Berechnungsgrundlagen sowie § 341 f HGB, § 149 VAG und § 150 VAG beachtet. Den Anteil aus dem Mitversicherungsvertrag der Gemeinschaft privater Versicherungsunternehmen (GPV) teilte uns die Geschäftsführung der GPV mit.

In der Deckungsrückstellung berücksichtigten wir auch Übertragungswerte. Dabei handelt es sich um Teile der Alterungsrückstellung, die Versicherungsnehmer beim Wechsel zu einem anderen privaten Krankenversicherungsunternehmen mitnehmen können. Wir folgen bei der Bilanzierung der Übertragungswerte dem Vorschlag des PKV-Verbands.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle: Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle ermittelten wir mithilfe eines Näherungsverfahrens. Dabei berücksichtigten wir die Schadenerfahrungen aus der Vergangenheit. Private Krankenversicherungsunternehmen erhalten auf der Grundlage des Arzneimittelmarktneuordnungsgesetzes Rabatte auf verschreibungspflichtige Arzneimittel. Diese fließen mindernd bei der Ermittlung der Rückstellung ein. In der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle ist die Rückstellung für Schadenregulierungsaufwendungen enthalten. Diese wurde in Anlehnung an die steuerlichen Vorschriften ermittelt. Den Anteil aus dem Mitversicherungsgeschäft der GPV teilte uns die Geschäftsführung der GPV mit.

Für den Teilbetrag aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft übernehmen wir die Rückstellung gemäß den geprüften Angaben der Vorversicherer.

Wir ermittelten die sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen, wenn möglich, nach anerkannten versicherungsmathematischen Methoden. War dies nicht möglich, haben wir sie nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung bemessen.

Andere Rückstellungen

Die Pensionsrückstellungen und pensionsähnlichen Verpflichtungen ermitteln wir gemäß den Vorschriften nach § 246 Abs. 1 HGB in Verbindung mit § 249 Abs. 1 und § 253 Abs. 2 HGB. Den Ansatz haben wir nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung bestimmt. Die Berechnung der Rückstellungen haben wir nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode) unter Anwendung der konzernspezifisch modifizierten „Heubeck Richttafel 2018 G“ vorgenommen. Zugrunde lagen ein Zinssatz von 1,79 %, ein Anwartschaftstrend von 0,00 % – 3,00 % und ein Rententrend von 2,00 %. Den geänderten Bewertungsvorschriften aufgrund von BilMoG haben wir Rechnung getragen. Hierbei haben wir das Wahlrecht des Art. 67 Abs. 1 EGHGB, die erforderliche Zuführung zu den Pensionsrückstellungen auf maximal 15 Jahre zu verteilen, ausgeübt. Der noch nicht passivierte Restbetrag belief sich auf 1,6 Mio. €. Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 Satz 1 betrug am Bilanzstichtag 1,7 Mio. €. Gemäß BMF-Schreiben vom 23. Dezember 2016 wird die Ausschüttungssperre nach § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB nicht als Abführungssperre berücksichtigt.

Die Rückstellungen mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr setzen wir gemäß § 253 Abs. 1 HGB mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag an.

Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr bilanzieren wir gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit ihrem Erfüllungsbetrag und diskontiert.

Übrige Passiva

Die nicht einzeln erwähnten Passivwerte haben wir – soweit bekannt – mit den Nominalbeträgen, ansonsten mit den erwarteten Erfüllungsbeträgen bewertet.

Latente Steuern

Es besteht gewerbe- und körperschaftsteuerliche Organschaft zur ERGO Group AG. Die ERGO Group AG als Organträgerin hat in Ausübung des Wahlrechtes nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB im Geschäftsjahr aktive latente Steuern bilanziert.

Fremdwährungsumrechnung

Geschäftsvorfälle in Fremdwährung rechnen wir im Zugangszeitpunkt mit den gültigen Devisenkassamittelkursen um. Aktiva und Passiva, deren Restlaufzeit nicht mehr als ein Jahr beträgt, bewerten wir grundsätzlich mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag.

Bilanzierungstetigkeit

Soweit nicht anders erläutert, haben wir die auf den vorhergehenden Jahresabschluss angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden beibehalten.

Jahresabschluss

Anhang

Erläuterungen der Bilanz: Aktivseite

Entwicklung der Aktivposten A, B. I bis B. III im Geschäftsjahr 2021

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr Tsd. €	Zugänge Tsd. €	Umbuchun- gen Tsd. €	Abgänge Tsd. €	Zuschreibun- gen Tsd. €	Abschreibun- gen Tsd. €	Bilanzwerte Geschäftsjahr Tsd. €
A. Immaterielle Vermögens- gegenstände							
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbli- che Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	9.516	-	-	-	-	405	9.111
B. I. Grundstücke, grund- stücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	539.710	10.269	-	8.616	1.559	13.891	529.032
B. II. Kapitalanlagen in verbun- denen Unternehmen und Beteiligungen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	1.113.237	465.030	-	13.164	6.011	1.086	1.570.028
2. Ausleihungen an ver- bundene Unternehmen	461.160	-	-	188	-	-	460.972
3. Beteiligungen	162.662	43.962	-	-	-	4.073	202.552
4. Summe B II.	1.737.059	508.992	-	13.352	6.011	5.159	2.233.551
B. III. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Anteile oder Ak- tien an Investmentver- mögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	17.157.826	2.267.135	-	1.573.067	-	897.177	16.954.717
2. Inhaberschuldver- schreibungen und an- dere festverzinsliche Wertpapiere	9.752.470	3.199.576	-	2.894.358	-	-	10.057.688
3. Hypotheken-, Grund- schuld- und Renten- schuldforderungen	1.416.077	485.969	-	82.233	-	33.940	1.785.874
4. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldver- schreibungen	10.728.270	3.574.811	-	3.633.017	-	37.600	10.632.465
b) Schuldscheinforde- rungen und Darlehen	4.883.779	668.784	-	1.239.241	-	440	4.312.883
5. Andere Kapitalanlagen	343.083	9.688.700	-	9.415.300	-	-	616.483
6. Summe B. III	44.281.506	19.884.975	-	18.837.215	-	969.157	44.360.109
Insgesamt	46.567.792	20.404.236	-	18.859.184	7.571	988.612	47.131.803

B. Kapitalanlagen

I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Der Wert der Grundstücke, grundstücksgleichen Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken beträgt insgesamt 529,0 Mio. €. Vom Versicherungsunternehmen genutzte eigene Grundstücke befinden sich nicht darunter.

II. Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Die Anteilsbesitzliste befindet sich unter den sonstigen Angaben im Anhang.

III. 5. Andere Kapitalanlagen

Die anderen Kapitalanlagen betreffen im Wesentlichen Anlagen im Rahmen des Cash Managements in Höhe von 604,2 Mio. €.

Zeitwerte der Kapitalanlagen

	Bilanzwert	Zeitwert	Bewertungs- differenz
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	529,0	1.344,2	815,2
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	1.570,0	2.237,3	667,3
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	461,0	460,4	-0,6
3. Beteiligungen	202,6	407,1	204,6
III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	16.954,7	16.077,2	-877,5
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	10.057,7	8.596,8	-1.460,9
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	1.785,9	1.511,7	-274,2
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen ¹	10.808,9	9.838,1	-970,8
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	4.312,9	4.018,1	-294,8
5. Andere Kapitalanlagen	616,5	614,9	-1,6
IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft	0,9	0,9	-
Insgesamt¹	47.300,0	45.106,7	-2.193,4

¹ Bilanzwerte unter Berücksichtigung von Agio/Disagio

In den oben genannten Angaben sind Wertpapiere, die der dauernden Vermögensanlage dienen, mit einem Zeitwert von 24.709,7 Mio. € und einem Bilanzwert von 27.048,6 Mio. € enthalten.

Die Zeitwerte der Grundstücke, grundstücksgleichen Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken wurden alle im Geschäftsjahr 2022 ermittelt.

Anteile an inländischen Investmentvermögen

	Marktwert	Buchwert	Differenz	Im Geschäfts- jahr erhaltene Ausschüt- tungen
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Die Gesellschaft hält am 31. Dezember 2022 bei mehreren inländischen und ausländischen Investmentfonds Anteile von mehr als 10 %:				
Aktienfonds	3.968,1	3.967,9	0,2	21,8
MEAG PREMIUM	3.964,7	3.964,7	-	21,7
MEAG Dividende I	3,4	3,2	0,2	0,1
Rentenfonds	10.658,2	11.685,4	-1.027,2	282,8
MEAG HBG 1	2.256,5	2.467,2	-210,8	86,6
MEAG IREN	3.356,3	3.758,9	-402,6	89,4
MEAG RenditePlus	3.906,7	4.267,8	-361,1	103,3
MEAG Ambition	1.024,9	1.079,4	-54,5	0,0
Cairn Capital Investment Funds	96,1	96,1	-	3,4
FVV Select AMI	9,4	7,6	1,8	0,0
MEAG EuroCorpRent A	8,4	8,4	-	0,0
Immobilienfonds	1.355,3	1.211,8	143,5	64,1
OIK-Fonds Mediclin	272,9	196,4	76,5	21,9
MEAG Property Fund I	1.076,7	1.010,0	66,7	6,7
ERGO Trust Logistikfonds Nr. 1	5,8	5,5	0,3	35,5

Unterbliebene Abschreibungen auf Finanzinstrumente

Außerplanmäßige Abschreibungen wurden nicht durchgeführt, sofern die Wertminderungen nur von vorübergehender Dauer waren. Dies betraf die folgenden zu den Finanzanlagen gehörenden Finanzinstrumente:

	Bilanzwert	Zeitwert	Bewertungsdif- ferenz
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Rentenspezialfonds	11.573,4	10.544,4	-1.029,0
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	9.353,3	7.920,6	-1.432,7
Namensschuldverschreibungen	5.129,0	4.194,6	-934,4
Schuldscheindarlehen	2.956,7	2.625,4	-331,3
sonstige festverzinsliche Wertpapiere	12,3	10,7	-1,6
Andere Kapitalanlagen	198,0	165,5	-32,6
Insgesamt	29.222,7	25.461,2	-3.761,5

Für Inhaberschuldverschreibungen haben wir aufgrund des gemilderten Niederstwertprinzips Abschreibungen wegen nur vorübergehender Wertminderung nicht vorgenommen. Die Wertminderung ist von vorübergehender Dauer, weil der Buchwert einem dauerhaft beizulegenden Wert entspricht, der auf der Meinung einer Mehrzahl unabhängiger externer Analysten beruht (MEAG-Verfahren).

Bei Namensschuldverschreibungen, Zerobonds, Genussrechten und Schuldscheindarlehen ist die Wertminderung von vorübergehender Dauer, da diese mit ihrem Nominalbetrag zurückgezahlt werden. Wertänderungen beruhen bei diesen Wertpapieren auf Zinsänderungen. Bonitätsbedingte Änderungen liegen nicht vor.

Derivative Finanzinstrumente

Art	Bilanzposition	Bilanzwert Mio. €	Zeitwert Mio. €	Nominalwert Mio. €
Zinsrisiken	C. III. Sonstige Rückstellungen			
Swaps		-	-10,6	90,0
Vorkauf Darlehen (Infrastruktur)		-	-20,1	142,9
Insgesamt		-	-30,7	232,9

Im Geschäftsjahr 2022 bestanden im Rahmen der Absicherung gegen Zinsschwankungen Zins-Swaps. Wir haben jeweils eine Bewertungseinheit gebildet.

Bewertungseinheiten

Am Bilanzstichtag bestanden die in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Mikrosicherungsbeziehungen:

Grundgeschäft	Absicherungsgeschäft/Höhe des abgesicherten Risikos	Art des Risikos	Methode zur Messung der Effektivität
Schuldscheine/Namenspfandbriefe Nominalvolumen: 90.000 Tsd. € Laufzeiten bis 2036	Receiver Swaps Nominalvolumen: 90.000 Tsd. € Abgesichertes Risikovolumen: 0 € Laufzeiten bis 2036	Zinsänderungsrisiko	Dollar Offset hypothetische Derivate-Methode

E. Rechnungsabgrenzungsposten

II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Das zeit- und kapitalanteilig ermittelte Agio auf Ausleihungen (Aktivposten B. III. 4) beträgt 180,6 Mio. €.

F. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB beträgt der beizulegende Zeitwert der Vermögensgegenstände, die verrechnet werden, 1.130 Tsd. €. Der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden beträgt 1.325 Tsd. €.

Entsprechend werden in der Gewinn- und Verlustrechnung die Aufwendungen (35 Tsd. €) und die Erträge (8 Tsd. €), die aus den Vermögensgegenständen und Schulden resultieren, verrechnet.

Der aus individuellen Überdeckungen einzelner Verpflichtungen resultierende Saldo aus der Vermögensverrechnung wird unter Berücksichtigung der noch ausstehenden Beträge aus der Anwendung des BilMoG als Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung gem. § 266 Abs. 2 HGB ausgewiesen und beträgt 0 €.

Jahresabschluss

Anhang

Erläuterungen der Bilanz: Passivseite

A. Eigenkapital

I. Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft beträgt am Bilanzstichtag 92.505.010 € und ist eingeteilt in 36.184.815 vinkulierte Namensaktien.

B. Versicherungstechnische Rückstellungen

III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle beträgt 1.026.635 Tsd. € (Bruttobetrag). Aus der Abwicklung der Vorjahresrückstellung ergab sich ein Verlust in Höhe von 20.535 Tsd. € (ohne Regulierungsaufwendungen).

IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Zerlegung der Rückstellung für Beitragsrückerstattung und Betrag gemäß § 150 VAG

	Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung		Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	
	Aus der PPV ¹	Sonstiges	Beitrag gemäß § 150 (4) VAG	Sonstiges
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
1. Bilanzwerte Vorjahr	303.053 (145.803)	1.428.418	30.345	28.335
2. Entnahme zur Verrechnung	- (-)	253.295	10.743	-
3. Entnahme zur Barausschüttung	-	144.100	-	19.937
4. Zuführung	32.424 (25.852)	67.058	-	20.754
5. Bilanzwerte Geschäftsjahr	335.478 (171.655)	1.098.082	19.602	29.152
6. Gesamter Betrag des Geschäftsjahrs gemäß § 150 VAG				-

¹ Anteil der poolabhängigen erfolgsabhängigen RfB PPV jeweils in Klammern

Die erfolgsunabhängige RfB gemäß § 150 Abs. 4 VAG dient der Beitragsermäßigung oder der Vermeidung beziehungsweise der Begrenzung von Beitragserhöhungen für Versicherte ab dem 65. Lebensjahr.

In der sonstigen erfolgsunabhängigen RfB sind insbesondere die Mittel für garantierte Beitragsrückerstattungen enthalten. Die poolrelevante RfB haben wir gemäß dem Poolvertrag gebildet.

III. Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen entfallen überwiegend auf Rückstellungen für Prozesskosten. Darüber hinaus betreffen Rückstellungen u.a. die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen und unterlassene Instandhaltungen.

E. Rechnungsabgrenzungsposten

Hier wird das zeit- und kapitalanteilig ermittelte Disagio auf Ausleihungen (Aktivposten B. III. 4) in Höhe von 4.080 Tsd. € ausgewiesen.

Jahresabschluss

Anhang

Erläuterungen der Gewinn- und Verlustrechnung

I. Versicherungstechnische Rechnung

1. a) Gebuchte Bruttobeiträge¹

	2022 Tsd. €	2021 Tsd. €
Beiträge aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft:		
Einzelversicherungen	3.997.979	3.934.887
Gruppenversicherungen	1.140.047	1.130.127
	5.138.026	5.065.014
Originäres Geschäft		
Krankheitskostenvollversicherung	3.189.836	3.173.760
Krankentagegeldversicherung	160.049	167.071
Krankenhaustagegeldversicherung	74.739	75.475
Krankheitskostenteilversicherung	923.948	915.001
Pflegepflichtversicherung	493.345	459.468
davon GPV	20.455	16.411
Ergänzende Pflege-Zusatzversicherung	254.948	236.152
Geförderte ergänzende Pflegeversicherung	15.747	13.903
	5.112.611	5.040.830
Besondere Versicherungsformen		
Restschuld-/Lohnfortzahlungsversicherung	7.057	7.200
Spezielle Ausschnittsversicherung	807	837
Auslandsreisekrankenversicherung	17.550	16.146
	25.415	24.184
Summe	5.138.026	5.065.014
davon Beitragszuschlag nach § 149 VAG	80.724	89.296
Beiträge aus dem übernommenen Versicherungsgeschäft	5.926	6.366
Beiträge insgesamt	5.143.952	5.071.380

¹ Zuordnung gemäß dem Kennzahlenkatalog des PKV-Verbands

2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung

	2022 Tsd. €	2021 Tsd. €
Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung		
Einzelversicherungen	186.451	249.903
Gruppenversicherungen	66.844	49.513
	253.295	299.416
Originäres Geschäft		
Krankheitskostenvollversicherung	226.199	220.683
Krankentagegeldversicherung	2.007	1.728
Krankenhaustagegeldversicherung	-	-
Krankheitskostenteilversicherung	6.178	2.283
Pflegepflichtversicherung	-	30.920
Ergänzende Pflege-Zusatzversicherung	16.617	36.796
Geförderte ergänzende Pflegeversicherung	2.295	7.004
	253.295	299.415
Besondere Versicherungsformen		
Restschuld-/Lohnfortzahlungsversicherung	-	1
Summe	253.295	299.416
Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für die erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	10.743	12.619
davon aus der erfolgsunabhängigen Beitragsrückerstattung gemäß § 150 Abs. 4 VAG	10.743	11.235

9. Aufwendungen für Kapitalanlagen

Die außerplanmäßigen Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 und 6 HGB betragen 975,3 Mio. €.

4. und 10. Sonstiges versicherungstechnisches Ergebnis (brutto)

Das sonstige versicherungstechnische Bruttoergebnis beläuft sich auf 34.460 Tsd. € zu unseren Gunsten. Darin ist ein negativer Saldo aus abgegebenen und empfangenen Übertragungswerten in Höhe von 6.941 Tsd. € enthalten. Zudem sind hier vor allem Erträge in Zusammenhang mit der Auflösung der sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen sowie das Ergebnis aus dem Beitrags- und Leistungsausgleich gemäß dem PPV-Poolvertrag berücksichtigt.

II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

1. Sonstige Erträge

Die sonstigen Erträge betragen 18.144 (40.959) Tsd. €. Der Rückgang beruht hauptsächlich auf dem Wegfall der Auflösung der Verbindlichkeiten aus den Restrukturierungsprogrammen aus dem Vorjahr.

2. Sonstige Aufwendungen

In den sonstigen Aufwendungen in Höhe von 80.342 (132.028) Tsd. € sind Aufwendungen aus Währungs-kursverlusten in Höhe von 766 Tsd. € sowie Aufwendungen aus der Aufzinsung von Altersteilzeit-, Vorruhestands-, Jubiläums- und Pensionsrückstellungen in Höhe von 1.114 Tsd. € enthalten.

5. Außerordentliche Aufwendungen

Wir weisen unter dieser Position 4.256 Tsd. € aus. 3.148 Tsd. € betreffen die in Ausübung des Wahlrechts gemäß Art. 67 Abs. 1 EGHGB über 15 Jahre zu verteilenden Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen. Darüber hinaus wurden im Rahmen einer Auslagerung von Pensionsverpflichtungen ausstehende BilMoG-Ansammlungsbeträge vollständig zugeführt, die in Höhe von 1.108 Tsd. € zu einem zusätzlichen außerordentlichen Aufwand führten.

Jahresabschluss

Anhang

Sonstige Angaben

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die ERGO Group AG hat mit unserer Gesellschaft den Schuldbeitritt zu Pensionszusagen vereinbart. Sie bilanziert die dafür von uns erhaltenen Deckungsmittel sowie die Pensionsrückstellungen und erfüllt im Außenverhältnis sämtliche Pensionsverpflichtungen. Daraus bestanden am 31. Dezember 2022 gesamtschuldnerische Haftungen von 67.470 Tsd. €. Die gesamtschuldnerische Haftung realisiert sich in dem Fall, dass die ERGO Group AG als Gesamtschuldner aus Unvermögen zur Leistung an die Berechtigten ausfällt. Bei der ERGO Group AG handelt es sich um eine Finanzdienstleistungsholding, die aufgrund eigener Kapitalstärke von unabhängigen Ratingagenturen jeweils mit – für eine Holdinggesellschaft – sehr guten Ratings bewertet wird (zum Beispiel Fitch: AA-; S&P: A). Das Risiko einer gesamtschuldnerischen Haftung wird vor diesem Hintergrund nicht gesehen.

Die Gesellschaft hat ihren Mitarbeitern mittelbaren Pensionszusagen erteilt. Im Rahmen des Wahlrechts nach Art. 28 Abs. 1 Satz 2 EGHGB bildet die Gesellschaft hierfür keine Rückstellungen. Der Erfüllungsbetrag der nicht kongruent rückgedeckten Rentenerhöhungen aus diesen Versorgungsverpflichtungen beträgt zum Bilanzstichtag 24 Tsd. €.

Aufgrund des § 221 ff. VAG sind die Krankenversicherer zur Mitgliedschaft in einem Sicherungsfonds verpflichtet. Der Sicherungsfonds erhebt nach der Übernahme der Versicherungsverträge zur Erfüllung seiner Aufgaben Sonderbeiträge bis zur Höhe von maximal 2 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen. Demnach ergibt sich eine maximale Zahlungsverpflichtung von 94.017 Tsd. €. Verpflichtungen treffen die DKV nur, wenn Versicherungsverträge unter den Schutz des Sicherungsfonds gestellt werden. Bisher ist eine entsprechende Inanspruchnahme des Sicherungsfonds zum Schutz von Krankenversicherungsvertragsbeteiligten auf dem deutschen Krankenversicherungsmarkt noch nie eingetreten und es gibt in der Branche aktuell keine Anzeichen für einen drohenden Sicherungsfall. Bevor der Sicherungsfonds gemäß dem VAG eingreift, würden ohnehin bestehende Marktme-

chanismen dazu führen, dass der betroffene Krankenversicherungsbestand mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit von einem Marktteilnehmer übernommen wird. Das Risiko einer Inanspruchnahme der DKV wird vor diesem Hintergrund nicht gesehen.

Unsere Gesellschaft hat eine Garantieerklärung im Zusammenhang mit ihrem Beteiligungsengagement abgegeben. Diese beläuft sich auf 1.149 Tsd. € und entfällt auf verbundene Unternehmen. Die Garantie war nicht zu passivieren, da die zugrunde liegende Verbindlichkeit durch die betroffenen Unternehmen voraussichtlich erfüllt werden kann bzw. mit einer Inanspruchnahme nicht zu rechnen ist.

Es bestehen Einzahlungsverpflichtungen aus dem Beteiligungsbereich von 50.425 Tsd. €.

Im Bereich der Kapitalanlagen bestehen Abnahmeverpflichtungen für mehrere Multitranchen-Anleihen in Höhe von 1.061 Mio. € sowie aus Infrastrukturanleihen in Höhe von 169.842 Tsd. €.

Es bestehen Auszahlungsverpflichtungen aus Hypotheken in Höhe von 17.083 Tsd. €.

Zum 1. April 2014 hat ERGO die Vertriebe in der Vertriebsgesellschaft ERGO Beratung und Vertrieb AG zusammengeführt. Wir haften für diejenigen Forderungen der betroffenen Mitarbeiter, die vor der Ausgliederung begründet wurden. Das Risiko einer Inanspruchnahme sehen wir als gering an.

Die Gesellschaft hat für vormals ausschließlich in ihrem Auftrag und aktuell im Auftrag der ERGO Beratung und Vertrieb AG tätige Versicherungsvermittler die uneingeschränkte Haftung aus der Vermittlung ihrer Versicherungsprodukte übernommen. In diesem Zusammenhang besteht das Risiko einer Inanspruchnahme. Die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme sehen wir ebenfalls als gering an.

Die sonstigen Verpflichtungen aus Verträgen im Zusammenhang mit dem Grundvermögen (Grundstücksverwaltung, Grundstücksaufwand und sonstige Dienstleistungen) belaufen sich auf 456 Tsd. €. Die Verpflichtungen aus den Verträgen werden bis zum Ende des Jahres 2024 erfüllt sein.

Insgesamt weisen wir aus den oben genannten Haftungsverhältnissen und sonstigen finanziellen Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen 42.196 Tsd. € aus.

Rückversicherungssaldo

Der Rückversicherungssaldo gemäß § 51 Abs. 4 Nr. 4 b RechVersV beträgt 17 (51) Tsd. € zu unseren Lasten.

Anzahl der versicherten natürlichen Personen¹

	2022	2022 Veränderung %	2021
Vollversicherungen	695.974	-2,0	710.282
Ergänzungsversicherungen	3.565.505	-0,1	3.569.303
davon Ergänzungsversicherungen ohne GPV	(3.521.301)	(0,0)	(3.522.079)
	4.261.479	-0,4	4.279.585
Originäres Geschäft			
Krankheitskostenvollversicherung	695.974	-2,0	710.282
Krankentagegeldversicherung	363.536	-3,7	377.542
Krankenhaustagegeldversicherung	1.140.244	-1,8	1.161.343
Krankheitskostenteilversicherung	2.858.973	0,8	2.835.927
Pflegepflichtversicherung	738.131	-1,0	755.366
davon GPV	(44.204)	(-6,4)	(47.224)
Ergänzende Pflege-Zusatzversicherung	386.522	-1,0	390.265
Geförderte ergänzende Pflegeversicherung	28.546	-1,9	29.113
Insgesamt²	4.261.479	-0,4	4.279.585
Besondere Versicherungsformen			
Restschuld-/Lohnfortzahlungsversicherung	8.998	-2,3	9.208
Spezielle Ausschnittsversicherung	3.944	-5,3	4.164
Auslandsreisekrankenversicherung	1.375.914	11,4	1.234.633

¹ Zählweise gemäß dem Kennzahlenkatalog des PKV-Verbands

² Bedingt durch die Mehrfachnennung natürlicher Personen in den einzelnen Rubriken ist die tatsächliche Anzahl versicherter natürlicher Personen niedriger als die Summe über die Versicherungsarten.

Mitarbeiterbezogene Angaben

Eigene Mitarbeiter beschäftigt die DKV nicht.

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	2022 Tsd. €	2021 Tsd. €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvermittler im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	-	-
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	-186	656
3. Löhne und Gehälter	1.226	1.173
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	2.185	2.294
5. Aufwendungen für Altersversorgung	1.210	3.773
6. insgesamt	4.435	7.896

Gesamtbezüge des Aufsichtsrats und des Vorstands

Für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr 2022 wurden den Mitgliedern des Vorstands Bezüge in Höhe von 1.475 Tsd. € gewährt. Aufwendungen für den Aufsichtsrat sind nicht entstanden.

Ehemalige Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen erhielten von der Gesellschaft 1.121 Tsd. €. Für laufende Pensionen und Anwartschaften für diesen Personenkreis hat die ERGO Group AG Pensionsrückstellungen in Höhe von 20.217 Tsd. € bilanziert. Daneben besteht aus der Ausübung des Wahlrechts nach Art. 67 Abs. 1 EGHGB ein noch nicht bilanzierter Betrag in Höhe von 422 Tsd. €. Für beide Beträge haftet unsere Gesellschaft mit.

Die Rückstellungen für Beitragsnachlässe der früheren Mitglieder des Vorstands und ihrer Hinterbliebenen betragen 556 Tsd. €.

Abschlussprüferhonorar

Die Angaben zum Abschlussprüferhonorar erfolgen befreiend im Konzernabschluss der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG in München (Munich Re), München.

Gesellschaftsorgane

Aufsichtsrat

Theodoros Kokkalas

Vorsitzender (seit 1. Januar 2023)
Vorsitzender des Vorstands der ERGO Deutschland AG

Silke Lautenschläger

Vorsitzende (bis 31. Dezember 2022)
stellv. Vorsitzende (seit 1. Januar 2023)
Mitglied des Vorstands der ERGO International AG
(bis 31. Dezember 2022)

Vorstand

Dr. Clemens Muth

Vorsitzender
Ressort Zentralaufgaben
Aktuariat in gemeinsamer Verantwortung mit Herrn Röttgen
(bis 31. Dezember 2022)
Aktuariat in gemeinsamer Verantwortung mit Frau Fiegl
(seit 1. Januar 2023)
Strategie und Gesundheitspolitik
Auslandskrankenversicherung
Beteiligungen
Aufsichtsbehörden
Datenschutz
Revision (Ausgliederungsbeauftragter)
Competence Center Provider Management (kommissarische
Leitung) (seit 1. Januar 2023)

Ursula Clara Deschka (bis 31. Dezember 2022)

Ressort Partnervertriebe und betriebliche Krankenver-
sicherung
Makler- und Kooperationsvertrieb
Finanzvertriebe
GKV und Verbände
Gesundheitsservices, Pflegedienste und Residenzen
Betriebliche Krankenversicherung

Frauke Fiegl (seit 1. September 2022) (bis 31. Dezember 2022 ohne eigenen Geschäftsbe- reich)

Ressort Aktuariat, Ergänzungs- und Vollversicherung
Aktuariat in gemeinsamer Verantwortung mit Herrn Dr. Muth
Produktmanagement Ergänzungsversicherung
Produktmanagement Vollversicherung
Firmen-/Verbandsgeschäft und Vertriebskoordination Ge-
sundheit (kommissarische Leitung)

Dr. Ulf Mainzer

Stellv. Vorsitzender (bis 31. Dezember 2022)
Mitglied des Vorstands der ERGO Group AG

Christoph Klawunn

Ressort Kundenservice
Betrieb Gesundheit
Kundenservice Leistung Gesundheit
Kundenservice Leistung Gesundheit Spezial
Compliance (Ausgliederungsbeauftragter und verantwortliche
Person für das Geldwäsche-Risikomanagement)
VD Makler, Pools & Finanzbetriebe Gesundheit (kommissari-
sche Leitung) (seit 1. Januar 2023)
Vertriebsdirektion DKV Kooperationen (kommissarische Lei-
tung) (seit 1. Januar 2023)

Marcel Röttgen (bis 31. Dezember 2022)

Ressort Aktuariat, Ergänzungs- und Vollversicherung
Aktuariat in gemeinsamer Verantwortung mit Dr. Muth
Ergänzungsversicherung
Vollversicherung
Produktmarketing und Steuerung
Leistungspolitik

Heiko Stüber

Ressort Chief Financial Officer (CFO)
Rechnungslegung
Controlling
Steuern
Risikomanagement (Ausgliederungsbeauftragter)
Versicherungsmathematische Funktion (Ausgliederungsbe-
auftragter)
Credit- und Cashmanagement

Aufstellung des Anteilsbesitzes gemäß § 285 Nr. 11 HGB

Gesellschaft	%-Anteil am Kapital unmittel- bar	%-Anteil am Kapital mittel- bar	Eigenkapital ¹ in €	Jahresergeb- nis ¹ in €
Inland				
DKV Pflegedienste & Residenzen GmbH, Köln	100,00		7.755.348	-40.905
DKV-Residenz am Tibusplatz GmbH, Münster		100,00	1.831.163	128.322
DKV-Residenz in der Contrescarpe GmbH, Bremen		100,00	-159.391	50.048
ERGO Infrastructure Investment Gesundheit GmbH, Düsseldorf	100,00		5.164.259	-7.006
ERGO Private Capital Dritte GmbH & Co. KG, Düsseldorf	100,00		118.881.894	14.799.288
ERGO Private Capital Gesundheit GmbH, Düsseldorf ²	100,00		985.000.000	-
GBG Vogelsanger Straße GmbH, Köln	94,78		-113.463	127.529
goDentis - Gesellschaft für Innovation in der Zahnheilkunde mbH, Köln	100,00		1.906.673	315.062
MEDICLIN Aktiengesellschaft, Offenburg	11,81		299.895.619	4.816.321
Earlybird DWES Fund VII GmbH & Co. KG, München ⁷		8,57	79.019.568	-928.164
miCura Pflegedienste Bremen GmbH, Bremen ³		100,00	75.000	-
miCura Pflegedienste Düsseldorf GmbH, Düsseldorf ³		100,00	158.804	-
miCura Pflegedienste GmbH, Köln		100,00	-517.903	-1.559
miCura Pflegedienste Hamburg GmbH, Hamburg		100,00	-105.133	29.799
miCura Pflegedienste Krefeld GmbH, Krefeld ³		100,00	91.039	-
miCura Pflegedienste München/Dachau GmbH, Dachau		51,00	270.771	40.771
miCura Pflegedienste München Ost GmbH, München		65,00	98.068	-48.054
miCura Pflegedienste Münster GmbH, Münster ³		100,00	25.000	-
miCura Pflegedienste Nürnberg GmbH, Nürnberg		51,00	596.955	188.863
Open German Fiber GmbH & Co. KG, Berlin ^{6,7}		99,97	-	-
Open German Fiber Management GmbH, Berlin ^{6,7}		50,00	-	-
heal.capital I GmbH & Co. KG, Berlin	14,90		25.050.290	-2.492.217
Sana Kliniken AG, München	22,53		680.895.482	85.459.082
Autobahn Tank & Rast Gruppe GmbH & Co. KG, Bonn		1,64	-124.685.000	-136.222.000
Autobahn Tank & Rast Management GmbH, Bonn		1,64	43.497	2.040
T&R MLP GmbH, Bonn		1,64	28.768	-
T&R Real Estate GmbH, Bonn		1,64	140.869.170	560
VHDK Beteiligungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	25,00		1.750.251	189.337
welivit Solarfonds GmbH & Co. KG, Düsseldorf ⁴	50,00		16.294.800	1.252.371
Ausland⁵				
FREE MOUNTAIN SYSTEMS S.L., Madrid		28,00	120.244.902	2.056.518
Wind Fund I AS, Oslo ^{6,7}		11,30	54.240.000	-
Vier Gas Investments S.à.r.L., Luxemburg		7,40	309.627.367	42.610.720

¹ Die Angaben beziehen sich auf den letzten verfügbaren Jahresabschluss² Es besteht ein Gewinnabführungsvertrag mit der DKV Deutsche Krankenversicherung AG, Köln³ Es besteht ein Gewinnabführungsvertrag mit der DKV Pflegedienste & Residenzen GmbH, Köln⁴ Abweichendes Stimmrecht: 44,44%⁵ Die Fremdwährungsbeträge des Ergebnisses wurden mit dem Jahresdurchschnittskurs und das Eigenkapital zum Jahresendkurs umgerechnet⁶ Gründung bzw. Zugang in 2022, daher nur Ausweis des Grundkapitals⁷ Keine Geschäftstätigkeit in 2022

Gruppenzugehörigkeit

Die DKV Deutsche Krankenversicherung AG mit Sitz in der Aachener Str. 300, 50933 Köln wird in Köln beim Amtsgericht unter der Handelsregisternummer HRB 570 geführt.

Die DKV Deutsche Krankenversicherung AG war bis zum 8. November 2022 eine direkte, hundertprozentige Tochtergesellschaft der ERGO Group AG. Seit dem 9. November 2022 ist die DKV Deutsche Krankenversicherung AG eine direkte, hundertprozentige Tochtergesellschaft der ERGO Deutschland AG. Die Mitteilungen entsprechend § 20 Abs. 4 AktG liegen vor.

Der Jahresabschluss unserer Gesellschaft wird in den nach den internationalen Rechnungslegungsvorschriften IFRS aufgestellten Konzernabschluss der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG in München (Munich Re), München, zum 31. Dezember 2022 einbezogen (gleichzeitig kleinster und größter Konsolidierungskreis). Somit liegen die Voraussetzungen zur Befreiung unserer Gesellschaft von der Konzernrechnungslegungspflicht vor.

Der Konzernabschluss und -lagebericht der Munich Re werden beim Betreiber des Bundesanzeigers eingereicht und dort veröffentlicht. Daneben sind sie auf der Internetseite der Munich Re verfügbar.

Köln, 27. Februar 2023

Der Vorstand



Dr. Clemens Muth



Frauke Fiegl



Christoph Klawunn



Heiko Stüber

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Deutsche Krankenversicherung AG, Köln

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der DKV Deutsche Krankenversicherung AG, Köln – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der DKV Deutsche Krankenversicherung AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden "EU-APrVO") unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend beschreiben wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte:

Bewertung bestimmter nicht notierter Kapitalanlagen und Bestimmung voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen bei wie Anlagevermögen bewerteten Kapitalanlagen

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt:

Der Kapitalanlagenbestand der Gesellschaft enthält nicht notierte Kapitalanlagen, die sich vor allem aus Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen zusammensetzen. Die Bewertung erfolgt dabei nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften gemäß § 341b Abs. 1 Satz 2 HGB bzw. § 341c Abs. 1 HGB in Verbindung mit § 255 Abs. 4 HGB. Daher werden sie entweder mit ihren Nominalwerten bzw. fortgeführten Anschaffungskosten oder – im Falle einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung – mit dem niedrigeren beizulegenden Zeitwert bilanziert.

Die Bewertung dieser Kapitalanlagen erfolgt unter Anwendung von finanzmathematischen Bewertungsverfahren. Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte wird unter Ableitung der bewertungsrelevanten Faktoren (vor allem Zinsstrukturkurven und Spreads) aus im Wesentlichen von am Markt beobachtbaren Parametern vorgenommen und enthält Schätzungen und Annahmen. Geringfügige Änderungen der Annahmen sowie der verwendeten Verfahren können eine wesentliche Auswirkung auf die Bewertung der genannten Kapitalanlagen haben.

Ferner übt der Vorstand der Gesellschaft Ermessensspielräume bei der Beurteilung des Vorliegens einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung sowohl bei notierten als auch nicht notierten Kapitalanlagen aus, soweit sie wie Anlagevermögen bewertet werden. Dies betrifft neben den Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen auch solche Anteile an Investmentvermögen sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die vom Vorstand der Gesellschaft nach § 341b Abs. 2 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet wurden.

Aufgrund der Schätzungen und Annahmen bei der Ableitung der bewertungsrelevanten Parameter sowie der Sensitivität der Bewertung von Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen auf diese Parameter (vor allem Zinsstrukturkurven und Spreads) besteht ein Risiko einer fehlerhaften Bewertung. Dar- aus und aus der unsicheren volkswirtschaftlichen Gesamtlage resultiert auch das Risiko, dass eine voraus-

sichtlich dauerhafte Wertminderung bei den wie Anlagevermögen bewerteten Kapitalanlagen nicht erkannt und eine notwendige Abschreibung nicht oder nicht in vollem Umfang erfasst wird. Da die genannten Kapitalanlagen zudem einen bedeutenden Anteil am gesamten Kapitalanlagenbestand ausmachen und daraus ein Risiko wesentlich falscher Darstellungen im Jahresabschluss resultiert, handelt es sich um einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt.

Prüferisches Vorgehen:

Unsere Prüfung der Bewertung der Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen sowie der Bestimmung voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen bei wie Anlagevermögen bewerteten Kapitalanlagen haben wir im Wesentlichen wie folgt durchgeführt:

- Wir haben uns mit den von den gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft eingerichteten Prozessen zur Bewertung von Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen sowie zur Identifikation voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen von wie Anlagevermögen bewerteten Kapitalanlagen befasst. Dabei haben wir die im Prozess identifizierten Kontrollen getestet.
- Wir haben die für die Bewertung von Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen angewandten Bewertungsmodelle methodisch nachvollzogen.
- Des Weiteren haben wir beurteilt, ob die von der Gesellschaft verwendeten wesentlichen bewertungsrelevanten Parameter (Zinsstrukturkurve und Spreads) für die Bewertung der Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen nachvollziehbar vor allem aus am Markt beobachtbaren Parametern abgeleitet wurden.
- Wir haben eigene Berechnungen der beizulegenden Zeitwerte für eine risikoorientiert ausgewählte Stichprobe an Namensschuldverschreibungen und an Schuldscheindarlehen durchgeführt. Die Ergebnisse haben wir mit den Bewertungen der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft verglichen. Dabei haben wir nachvollzogen, ob die relevanten Spreads bei der Bewertung der Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen konsistent innerhalb des Portfolios und über die Restlaufzeit angewendet werden.
- Des Weiteren haben wir die vom Vorstand der Gesellschaft definierten Kriterien zur Identifizierung einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung

darauf beurteilt, ob sie im Einklang mit den berufsständischen Vorgaben des IDW sind.

- Für eine risikoorientiert ausgewählte Stichprobe von wie Anlagevermögen bewerteten Kapitalanlagen mit stillen Lasten haben wir die Einschätzung des Vorstands der Gesellschaft zur Dauerhaftigkeit von Wertminderungen nachvollzogen und unter Berücksichtigung der festgelegten Kriterien gewürdigt.

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir eigene Spezialisten mit Kenntnissen der Finanzmathematik eingesetzt.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Bewertung bestimmter nicht notierter Kapitalanlagen und die Bestimmung voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen für die wie Anlagevermögen bewerteten Kapitalanlagen ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben:

Die Angaben zur Bewertung der nicht notierten Kapitalanlagen (einschließlich Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen) und zur Bestimmung von voraussichtlich dauerhaften Wertminderungen bei wie Anlagevermögen bewerteten Kapitalanlagen sind im Abschnitt "Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden" des Anhangs enthalten.

Bewertung der Brutto-Deckungsrückstellung

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt:

Die Ermittlung der Brutto-Deckungsrückstellung erfolgt grundsätzlich einzelvertraglich auf Basis der prospektiven Methode nach § 341f HGB sowie § 25 RechVersV und setzt sich zusammen aus der tariflichen Alterungsrückstellung und den angesammelten Mitteln aus der Direktgutschrift gemäß § 150 VAG sowie der Rückstellung für den gesetzlichen Zuschlag nach § 149 VAG.

Die Berechnung der Alterungsrückstellungen wird tarifabhängig unter Berücksichtigung aufsichtsrechtlicher Bestimmungen mit verschiedenen maschinellen und manuellen Berechnungsschritten vorgenommen und enthält diverse Annahmen zur Biometrie (unter anderem Krankheits-, Invaliditäts- und Pflegeaufwand sowie Sterblichkeit und Storno), zu den Kosten und zur Verzinsung der versicherungstechnischen Verpflichtungen. Diese Rechnungsgrundlagen basieren sowohl auf den tariflichen Rechnungsgrundlagen der Beitragskalkulation als auch auf aktuellen Rechnungsgrundlagen

und können sich aus rechtlichen Vorschriften, wie z.B. der Krankenversicherungsaufsichtsverordnung (KVAV), oder aus Veröffentlichungen der Deutschen Aktuarvereinigung (DAV) ergeben. Änderungen von Rechnungsgrundlagen im Rahmen von Beitragsanpassungen werden erst nach Zustimmung durch den unabhängigen mathematischen Treuhänder berücksichtigt.

Aufgrund der Höhe der Deckungsrückstellung und den Ermessensspielräumen bei Annahmen, insbesondere den rechnungsmäßigen Kopfschäden sowie deren Veränderung mit wachsendem Alter der versicherten Person, haben wir im Rahmen unserer Prüfung diesen Sachverhalt als besonders wichtigen Prüfungssachverhalt bestimmt.

Prüferisches Vorgehen:

Die Prüfung der Deckungsrückstellung haben wir im Wesentlichen wie folgt durchgeführt:

- Zunächst haben wir uns mit dem Prozess zur Ermittlung der Deckungsrückstellung befasst und die identifizierten Kontrollen auf ihre operative Wirksamkeit zur Vollständigkeit und Richtigkeit des Bestandes als auch der Bewertung im Einklang mit den handelsrechtlichen Vorschriften beurteilt.
- In diesem Zusammenhang haben wir durch Abstimmungen zwischen den Bestandsführungssystemen, Statistiksystemen und dem Hauptbuch geprüft, ob die Prozesse die vollständige und richtige Übertragung der Werte sicherstellen.
- Wir haben nachvollzogen, dass die einzelvertraglichen tariflichen Alterungsrückstellungen mit den festgelegten technischen Berechnungsgrundlagen ermittelt wurden. Hierzu haben wir zuerst die zur Berechnung der Alterungsrückstellung verwendeten Parameter (Rechnungszins, rechnungsmäßige Kopfschäden, Sterbe- und Stornotafeln) mit denen der Prämienkalkulation und eventuellen Änderungen aus Beitragsanpassungen verglichen.
- Wir haben uns für durchgeführte Beitragsanpassungen davon überzeugt, dass der unabhängige Treuhänder den vorgenommenen Änderungen zugestimmt hat. Im Falle von Änderungen des Rechnungszinses haben wir verglichen, ob der verwendete Rechnungszins mit der Ermittlungsmethode des Aktuariellen Unternehmenszinses (AUZ) im Einklang steht.
- Ferner haben wir aus der Deckungsrückstellung bekannte Effekte wie Limitierungsmittel aus der

Rückstellung für Beitragsrückerstattungen, Direktgutschriften und kalkulatorische Zinsen separiert und die bereinigte Alterungsrückstellung sowie deren Veränderung im Zeitablauf analysiert.

- Wir haben hinsichtlich der Entwicklung der Deckungsrückstellung insgesamt sowie für Teilbestände oder Teilkomponenten im Zeitablauf Kennzahlen- und Zeitreihenanalysen durchgeführt.
- Auf Basis der Nettoverzinsung haben wir die Ermittlung der Direktgutschrift nach § 150 Abs.1 und 2 VAG nachvollzogen und mit der entsprechenden Zuführung zur Deckungsrückstellung verglichen.

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir eigene Spezialisten mit Kenntnissen der Versicherungsmathematik eingesetzt.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Bewertung der Deckungsrückstellung ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben:

Die Angaben zu den Grundsätzen der Bewertung der Deckungsrückstellung sind im Abschnitt "Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden" des Anhangs enthalten.

Sonstige Informationen

Der Aufsichtsrat ist für den Bericht des Aufsichtsrates verantwortlich. Im Übrigen sind die gesetzlichen Vertreter für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die folgenden, für den Geschäftsbericht vorgesehenen Bestandteile, von denen wir eine Fassung bis zur Erteilung dieses Bestätigungsvermerks erlangt haben, insbesondere

- den Bericht des Aufsichtsrates sowie
- die Darstellungen "Auf einen Blick" und "Die DKV AG im 3-Jahres-Überblick",

aber nicht den Jahresabschluss, nicht die in die inhaltliche Prüfung einbezogenen Lageberichtsangaben und nicht unseren dazugehörigen Bestätigungsvermerk.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Falls wir auf Grundlage der von uns durchgeführten Arbeiten den Schluss ziehen, dass eine wesentliche falsche Darstellung dieser sonstigen Informationen vorliegt, sind wir verpflichtet, über diese Tatsache zu berichten. Wir haben in diesem Zusammenhang nichts zu berichten.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben;
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben;
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse

oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann;

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt;
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft;
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese

Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 23. März 2022 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 25. Juli 2022 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2020 als Abschlussprüfer der DKV Deutsche Krankenversicherung AG tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Wir haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für das geprüfte Unternehmen bzw. für die von diesem beherrschten Unternehmen erbracht:

- Freiwillige Prüfungen von Jahresabschlüssen,
- Prüfung von IT-Prozessen nach ISAE 3402,
- Review der Anforderungen der DSGVO,
- Sacheinlageprüfung,
- Prüferische Durchsicht der Reporting Packages zum Halbjahr.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer
ist Dr. Markus Horstkötter.

Köln, den 10. März 2023

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Horstkötter
Wirtschaftsprüfer

Altegör
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Wir haben im Berichtsjahr die Geschäftsführung des Vorstands laufend überwacht und beratend begleitet. Hierzu haben wir uns durch Berichte des Vorstands über die Geschäftsentwicklung der Gesellschaft insbesondere auch im Hinblick auf mögliche Auswirkungen des Krieges Russlands mit der Ukraine sowie über alle weiteren wichtigen Angelegenheiten unterrichten lassen. Darüber hinaus wurden die Lage und Entwicklung der Gesellschaft – auch unter Berücksichtigung der mit dem vorgenannten Krieg verbundenen Auswirkungen vor allem auf die Energiepreise, Inflation und gesamtwirtschaftliche Entwicklung – sowie grundlegende Fragen der Geschäftsführung in zwei Aufsichtsratssitzungen mit dem Vorstand eingehend besprochen.

Prüfungsmaßnahmen gemäß § 111 Abs. 2 S. 1 AktG waren im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht erforderlich.

Die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Köln, hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss für das Jahr 2022 sowie den Lagebericht geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Nach unserer eigenen Überprüfung haben wir den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss für das Jahr 2022 und den Lagebericht sowie den Bericht des Abschlussprüfers in der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats, an der auch der Abschlussprüfer teilgenommen hat, abschließend erörtert. Wir hatten keine Einwendungen zu erheben. Insbesondere sind uns keine Risiken bekannt geworden, denen im Jahresabschluss nicht ausreichend Rechnung getragen worden ist. Wir billigen den Jahresabschluss für das Jahr 2022, der damit festgestellt ist.

Die Besetzung der Gesellschaftsorgane während des Berichtszeitraums ist im Anhang zum Jahresabschluss dargestellt. Der Aufsichtsrat dankt Frau Clara Ursula Deschka und Herrn Marcel Röttgen für ihre Tätigkeit für die DKV Deutsche Krankenversicherung AG.

Wir danken dem Vorstand und allen Mitarbeitern für ihre Leistungen, ihren tatkräftigen Einsatz und die im Berichtsjahr erzielten Erfolge.

Köln, 24. März 2023

Der Aufsichtsrat



Theodoros Kokkalas
Vorsitzender des Aufsichtsrats



Silke Lautenschläger
Stellv. Vorsitzende



Dr. Ulf Mainzer

Herausgeber:

DKV Deutsche Krankenversicherung AG
Aachener Straße 300
50933 Köln
Postanschrift: 50594 Köln

Telefon
0800 3746444 (gebührenfrei)
oder aus dem Ausland
+49 221 57894018
oder im Notfall im Ausland
+49 221 57894005

Telefax
+49 221 5786000

E-Mail service@dkv.com
www.dkv.com



